Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 20 Pfg.

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage, Sonntags die illustrierte Bilderchronik, Mittwochs abwechselnd eine bunte Modenbeilage und eine Kunstbeilage, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernspr. Nollendorf 4283-88.

Mittwoch, 6. April 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12.—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerhalb bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Österreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1.50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5950-58.

Nr. 159
B 5

Tages-Spiegel.

In Berlin-Moabit begannen die ersten Verhandlungen des außerordentlichen Gerichts gegen die in Berlin verhafteten Kommunisten.

*

Der bei einem Fluchtversuch erschossene Berliner Kommunist Gut wurde unter Beteiligung zahlreicher Berliner Kommunisten beerdigt; Unruhen unterblieben.

*

Le Rond trifft heute aus Oberschlesien in Paris ein.

*

Die amerikanische Regierung hat an die Verbandsregierungen eine Note über die Mandate gerichtet.

*

„Epoca" meldet von amtlicher Stelle, Italien habe an Ungarn kein Ultimatum, sondern lediglich einen schriftlichen Protest gerichtet.

Reine Gewalt.

In seiner gestrigen Rede vor dem Senate hat sich Briand in seiner bekannten Wandlungsfähigkeit nunmehr mit Haut und Haar denjenigen verschrieben, die das Macht- und Gewaltprinzip als das im Völkerverkehr einzig brauchbare und zweckmäßige Mittel auf ihre Fahne geschrieben haben. Er versucht überhaupt kaum noch, von Recht und Gerechtigkeit zu sprechen, — der Nachweis würde ihm auch außerordentlich schwer fallen —, sondern verteilt sich zu Drohungen, die keine Mißverständnisse zulassen. Seine sentimentale Phrase, daß er das deutsche Volk beilage, wird ihm wohl nicht gerade sehr viele Anhänger zuführen. Die ganze Rede beweist nur von neuem, daß den Franzosen jenes Verständnis für fremde Volkscharaktere, das sie uns so oft absprachen, in mindestens ebenso hohem Maße fehlt. Ist es ein Zeichen von Sicherheit oder von Verlegenheit, wenn ein immerhin doch so routinierter Politiker, wie es Briand ist, jedes Verständnis für die immer noch mächtigen „Unpowerabilities" außer acht läßt und sich auf das Gebiet der nackten Drohungen begibt?

In den Beziehungen zivilisierter Staaten gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder die Achtung von Recht und Verträgen oder die Aufrechterhaltung jedes Vertragszustandes und die Durchführung des reinen Machtprinzips. Briand scheint der Anwendung des letzten Grundsatzes in der Zukunft sich mehr und mehr zuneigen zu wollen; denn was anderes ist es, als die Drohung mit der reinen Gewalt, wenn er in seiner Rede vor dem Senate erklärt, daß, wenn der Verfalltag des 1. Mai verstrichen sei, man zum gemeinen Recht zurückkehren? Der vertragliche Zustand zwischen Frankreich und Deutschland ist durch den Friedensvertrag von Versailles geregelt. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten sollten — wie man uns immer gesagt hat — in diesem Vertrage erschöpfend geregelt sein. Stellt die Reparationskommission nach dem 1. Mai 1921 fest, daß Deutschland seine wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Vertrage schuldhafter Weise nicht erfüllt hat, so hat Frankreich das Recht, zu den in § 18 Anlage 2 zu Teil 8 des Vertrages vorgesehenen Zwangsmaßnahmen zu schreiten. Vorbedingung ist also eine schuldhafte Verletzung der Reparationsverpflichtungen. Ueber den Vertragsgehalt hinausgehende Rechte in dieser Richtung sind Frankreich selbst durch den Versailler Frieden nicht gegeben. Insbesondere ist unter Herrschaft der Völkerbundsakte ein unmittelbares Recht zu Repressalien überhaupt nicht anzuerkennen. Will sich Frankreich an diese Bestimmungen nicht halten, sondern weitergehende Rechte aus angeblichen allgemeinen Rechtsgrundsätzen herleiten, so setzt es sich damit außerhalb des Vertrages und führt automatisch den Zustand herbei, den man nach Völkerrecht mit Kriegszustand bezeichnet. Ob die Verbündeten Frankreichs diese Entwicklung mitmachen werden, wollen wir — selbst auf die Gefahr hin, daß der Verbrechen einer Entzweiung Frankreichs mit seinen Verbündeten bezichtigt zu werden —, dahingestellt sein lassen.

Es kann nur immer wieder betont werden, daß, solange keine Möglichkeit einer Lösung des Problems zu erblicken ist, so lange die verantwortlichen Staatsmänner nicht einsehen, daß die ganze Frage der Reparation aus der rein politischen Betrachtung herausgelöst und von der wirtschaftlichen und finanziellen Seite betrachtet werden muß. Ein Anfang hierzu war in Brüssel gemacht worden. Dieser erste Versuch, der erfolgversprechend schien, wurde von den Kreisen sabotiert, zu deren Sprachrohr sich jetzt Briand macht und deren gutem Willen Briand überhaupt sein Verbleiben auf dem Posten des Ministerpräsidenten verdankt. Es ist einfach nicht richtig, wenn Briand behauptet, daß man, als es sich darum gehandelt habe, die Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands festzustellen, sich nicht geweigert habe, zu diskutieren. Die deutschen Sachverständigen haben übereinstimmend nachgewiesen, daß bei den sog. Pariser Beschlüssen die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht entfernt berücksichtigt worden ist. In seiner Rede vom 17. März dieses Jahres hat alsdann Briand selbst zugegeben, daß er nach London mit gebundener Marschroute gegangen ist, daß er feste Instruktionen hatte, die ihn an die Pariser Beschlüsse so sklavisch fesselten, daß eine Verhandlungsmöglichkeit überhaupt nicht gegeben war. Es ist deshalb eine vollkommene Verschiebung der Situation, wenn Briand behauptet, daß wegen der lächerlichen Angebote Deutschlands ein Bruch unverweidlich geworden sei. Die Sachlage war vielmehr die, daß ein Zustand herbei, den man nach Völkerrecht mit Kriegszustand bezeichnet. Ob die Verbündeten Frankreichs diese Entwicklung mitmachen werden, wollen wir — selbst auf die Gefahr hin, der Verbrechen einer Entzweiung Frankreichs mit seinen Verbündeten bezichtigt zu werden —, dahingestellt sein lassen.

Es kann nur immer wieder betont werden, daß, solange keine Möglichkeit einer Lösung des Problems zu erblicken ist, so lange die verantwortlichen Staatsmänner nicht einsehen, daß die ganze Frage der Reparation aus der rein politischen Betrachtung herausgelöst und von der wirtschaftlichen und finanziellen Seite betrachtet werden muß. Ein Anfang hierzu war in Brüssel gemacht worden. Dieser erste Versuch, der erfolgversprechend schien, wurde von den Kreisen sabotiert, zu deren Sprachrohr sich jetzt Briand macht und deren gutem Willen Briand überhaupt sein Verbleiben auf dem Posten des Ministerpräsidenten verdankt. Es ist einfach nicht richtig, wenn Briand behauptet, daß man, als es sich darum gehandelt habe, die Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands festzustellen, sich nicht geweigert habe, zu diskutieren. Die deutschen Sachverständigen haben übereinstimmend nachgewiesen, daß bei den sog. Pariser Beschlüssen die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht entfernt berücksichtigt worden ist. In seiner Rede vom 17. März dieses Jahres hat alsdann Briand selbst zugegeben, daß er nach London mit gebundener Marschroute gegangen ist, daß er feste Instruktionen hatte, die ihn an die Pariser Beschlüsse so sklavisch fesselten, daß eine Verhandlungsmöglichkeit überhaupt nicht gegeben war. Es ist deshalb eine vollkommene

Lloyd Georges bedingte Verhandlungsbereitschaft.

Eigene Drahtmeldung.

I. N. S. London, 5. April.

Der heutigen Sitzung im Unterhause wohnte der Prinz von Wales in der Galerie bei. Kanzler Sir Robert Horne eröffnet die Debatte über den königlichen Erlaß zur nationalen Wirtschaftskrise. Er schlug vor, die Kohlenverteilung noch auf Monate hinaus auszudehnen und betonte den Ernst der Lage für die Industrie, da schon zahlreiche Bestellungen statt nach England, nach Amerika gegangen seien. Der nächste Redner war Clynes, der die Stellungnahme der Regierung zu den Ereignissen scharf rügte. Er verlangte dringend, man solle den Versuch machen, die Parteien zusammenzubringen. Es sei besser, mit geistigen Waffen zu arbeiten, als mit Haß und Feindschaft. Der nächste Redner war Lord Curzon, der die jetzige Krise als ebenso schwer bezeichnete als irgendeine zur Kriegszeit. Er sprach die Befürchtung aus, es könne leicht daraus eine nationale Umwälzung entstehen.

Lloyd George erklärte, die Regierung sei gewillt, in Verhandlungen einzutreten, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß seine Rede von einer Unterstützung der Kohlenindustrie auf Kosten des Landes oder von einer Wiedernahme der Regierungskontrolle fern könne. Aber innerhalb dieser Grenzen gebe es ein weites Feld für Verhandlungen, und die Regierung sei gewillt zu nun, was sie nur könne, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden und ein gutes Einvernehmen zwischen Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern zu fördern. Der Bergarbeiterbund müsse jedoch helfen, daß die Bergwerke während der Verhandlungen nicht zerstört würden. Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergleute mußten sofort, sei es mit oder ohne Regierungsvertreter, Schritte zur Erreichung eines Abkommens unternehmen.

Die Bergarbeiterführer lehnen ab.

Eigene Drahtmeldung.

I. N. S. London, 5. April.

In der Unterhaussitzung erklärte der Abgeordnete Dunkan Graham, ein schottischer Bergmann: Falls die Regierung die Grubenbesitzer nicht zwinge, einen Teil ihrer Kriegsgewinne in der Gestalt von Löhnen wieder herauszugeben, so gäbe es für ihn nur noch den Weg, die Bergleute aufzufordern, sich in den Besitz der Gruben zu setzen.

London, 6. April. (Reuter.) **Die Führer der Bergarbeiter lehnen ungeduldig die Rede Lloyd Georges. Arbeiterführer Hartshorn sagte: Der Premierminister habe die Tür für jede Einigungsmöglichkeit zugeschlagen, und es gäbe keine Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern auf der vom Premierminister angedeuteten Grundlage.**

Truppenzusammenziehungen.

Drahtmeldung.

Paris, 6. April. (E. C.)

Die englische Regierung teilte der französischen mit, daß gewisse militärische Einheiten, die sich gegenwärtig auf fremden Schauplätzen befinden, aus innerpolitischen Gründen zurückgezogen werden. Insbesondere vier Bataillone aus Oberschlesien, gewisse Streitkräfte in Malta und Aegypten sowie irische Kontingente werden nach England zurückbefördert. Hierzu meldet „Figaro", daß die englischen Bataillone in Oberschlesien durch französische ersetzt werden.

I. N. S. London, 6. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vorbereitungen für die Ausführung der Regierungsplänne nahmen schon während des gestrigen Nachmittags einen schnellen Verlauf. Ein Grenadierbataillon marschierte nach Withe Hall, wo sich die Coldstreamund die irische Garde aus den Kasernen bei St. James ihm anschlossen. Kensington-Garden wurde für das Publikum gesperrt und von neuem, wie Sheffield noch schottischen Bataillonen besetzt. Es soll hier ein Lebensmittellager errichtet werden.

Die deutsche Polizei.

Neuer Notenwechsel.

Die interalliierte Militärkontrollkommission hat dem Auswärtigen Amt eine neue Note über die deutsche Polizei zugehen lassen. Sie behauptet darin, die Polizei trage unzulässigerweise noch immer den Charakter einer beweglichen militärischen Streitkraft. Sie stellt sich ferner auf den Standpunkt, daß die Deutschland in der Note von Boulogne zugestandenen 150 000 Mann nicht nur die uniformierte sogenannte „Ordnungspolizei", sondern auch die in Zivil (Kriminal- und Verwaltungspolizei) umfassen müsse.

Das Auswärtige Amt hat in seiner Antwortnote darauf hingewiesen, daß die jetzige deutsche Polizei bei der Note von Boulogne gestellten Forderungen durchaus entspricht und nicht als militärische Organisation betrachtet werden kann. Ihr Charakter als lokale Polizei wird nicht dadurch beeinträchtigt, daß im Anschluß Polizeikräfte vorübergehend außerhalb ihres Bezirks verwendet werden können. Die Notwendigkeit einer solchen Verwendung haben die Ereignisse der letzten Zeit schlagend gezeigt. In der deutschen Note wird ferner nachgewiesen, daß die Note von Boulogne den Verzicht von beiden Seiten dahin verstanden werden ist, daß die in der zugestandenen 150 000 Mann nur die uniformierte Polizei umfassen. Für diese Auffassung liegen nicht nur mündliche, sondern auch eine Reihe schriftlicher Aeußerungen der Kontrollkommission vor.

Die deutsche Note schließt folgendermaßen:

„Es kann bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt bleiben, daß die Entscheidungen der Kontrollkommission über die Bewaffnung der Polizei mit den Erklärungen der Note von Boulogne unvereinbar sind. Dort haben die Alliierten ausdrücklich die Notwendigkeit anerkannt, der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern ausreichende Kräfte zu belassen. Die Ereignisse in Mitteldeutschland haben den neuen gezeigt, daß die Polizei mit der jetzigen Bewaffnung den Aufgaben nicht gewachsen ist, die an sie herangetreten können. Sie hat es immer wieder mit gewaltsamen überlegenen und weit stärker bewaffneten Gegnern zu tun. Trotz aller Anstrengung ist für absehbare Zeit nicht damit zu rechnen, daß es gelingt, aller im Lande verborgenen Waffenlagerstätte habhaft zu werden und jedes verstreckte Gewehr zu entdecken; überdies werden verbrecherische Elemente sich immer wieder auf irgendeine Weise in den Besitz neuer Waffen zu legen wissen.

Die deutsche Regierung muß es sich unter diesen Umständen vorbehalten, neue Anträge wegen einer besseren Bewaffnung zu stellen."

Die Zusatzklausel Knox.

Paris, 6. April. (W. T. B.)

Wie Stefan Lauzanne dem „Matin" aus New York berichtet, hat Senator Knox die Absicht, seiner aus fünf Paragraphen bestehenden, schon einmal vom Senat angenommenen Resolution folgende Zusatzklausel beizufügen:

Um unsere Pflicht gegenüber der Welt und gegenüber uns selbst vollständig und würdig zu erfüllen, erklären wir, daß die amerikanische Politik folgende sein wird: Wenn die Freiheit und der Friede Europas aufs neue durch eine Macht oder durch eine Kombination von Mächten bedroht werde, werden die Vereinigten Staaten diese Tage mit Ernst und Ruhe betrachten und darin eine Bedrohung ihres eigenen Friedens und ihrer eigenen Freiheit erblicken. Sie werden sich alsbald mit den anderen gesitteten Ländern beraten, um eine solche Bedrohung zu beseitigen, und, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellt, mit den Freunden der Zivilisation diese verteidigen.

Senator Knox werde diesen Text eine Begründung hinzufügen, in der er sagt:

Wenn eine ähnliche Erklärung von anderen Nationen angenommen würde, würde dadurch eine viel stärkere Gesellschaft der Nationen erreicht werden als jede andere. Durch seine Resolution werde auch die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes und internationalen Untersuchungsausschusses nicht behindert werden.

Anfragen im Unterhaus.

London, 5. April. (W. T. B.)

Auf eine Anfrage wurde erklärt, im Monat März seien 17 **normale deutsche Schiffe** mit einem Bruttogehalt von 75 000 Tonnen für insgesamt 548 100 Pfund Sterling **verkauft** worden.

Auf eine Anfrage Kennworths, ob irgendwelche Verhandlungen zur Herbeiführung eines **allgemeinen Friedens** mit Rußland eingeleitet worden seien, und, wenn nicht, ob eine Aktion entnommen werden könne, um tiefbedauerliche Verschläge zu machen, erwiderte Chamberlain, die Antwort auf beide Teile der Frage laute verneinend.

Auf eine Anfrage Bottomleys erklärte Chamberlain, es sei keinerlei Ersuchen an den Völkerbund gerichtet worden, einen Druck auf Holland mit Bezug auf die **Auslieferung des verstorbenen Deutschen Kaisers** auszuüben. Die Regierung werde auch den Vorschlag Bettemeldes, den Völkerbund anzubeuten, daß, wenn kein Druck auf Holland in dieser Richtung ausgeübt werde, die Skibille Englands an dem Völkerbund eingestellt werden würde, nicht in Erwägung ziehen.

Kaiser Karls Empfang in der Schweiz

Eigene Drahtmeldung.

* Basel, 6. März.

Wie die „Nationalzeitung" meldet, wurde dem schweizerischen Bundesrat mitgeteilt, daß der Entrag mit dem Exkaiser Karl Mittwoch vormittag 11.40 Uhr an der Grenze in Buchs einleffen werde. Der Bundesrat hat die strenge Schließung des Bahnhofes von Buchs angeordnet. Der Extrazug wird hier an den fahrplanmäßigen Zug nach Zürich angeschlossen und über Zürich nach Luzern geleitet. In Luzern wird der Exkaiser verlassen, die die Wahl seines Aufenthalts getroffen und die endgültige Entschließung des Bundesrats über seinen Aufenthalt gefällt ist. Als Delegierter des eidgenössischen Departements wird Oberstleutnant Kölliing den Exkaiser erwarten, um ihm die vom Bundesrat beschlossenen Verhaltungsmaßregeln mitzuteilen.

Kein italienisches Ultimatum an Ungarn.

Rp. Rom, 6. April. (Eigene Drahtmeldung.) **Die Zeitungen hatten letzthin über ein Ultimatum Italiens an Ungarn berichtet, worin gegen das Verbleiben Horthys in Ungarn unter Drohungen mit militärischer Gewalt Protest eingelegt wurde. Die Zeitung „Epoca" erklärt nun, es amtlicher Stelle erfahren zu haben, daß von einem Ultimatum Italiens und der übrigen Entente nicht die Rede sein könnte. Es habe sich lediglich um die Ueberreichung eines schriftlichen Protestes gegen Umtriebe des Exkönigs gehandelt. Zudem sei Italien nicht vertragsmäßig verpflichtet, an militärischen Maßnahmen gegen Ungarn teilzunehmen.**

Die Antwort des bayerischen Ministerrats.

Lk. München, 6. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der bayerische Ministerrat hat nunmehr die Antwort der Münchener Regierung an die Reichsregierung festgelegt. Mit einer eingehenden Begründung wird dabei vorgeschlagen, die Reichsregierung möge bei gegebenem Anlaß mit der Entente in neue Verhandlungen wegen der Entwaffnungsfrage eintreten. Wie die dem Justizminister Roth nahestehende „München-Augsburger Abendzeitung" dazu mitteilt, geht die bayerische Regierung im übrigen von ihrer bisherigen Haltung in der Einwohnerwehrfrage nicht ab, insbesondere auch nicht von dem Standpunkt, daß die Einwohnerwehr zurzeit nicht entwaffnet werden könne.

Le Rond reist nach Paris.

Paris, 6. April. (W. T. B.) General Le Rond, der Vorsitzende der Interalliierten Volksabstimmungskommission in Oberschlesien, wird nach dem „Petit Parisien" heute in Paris eintreffen. Eine Ansprachepolit werde nur kurz sein, sie hänge aber jedenfalls mit den Arbeiten der Kommission über die Festsetzung der Grenzen in Oberschlesien zusammen. Erst nachdem General Le Rond nach Oberschlesien zurückgekehrt sein wird, werde die Erörterung über die Grenzfestsetzung beginnen.

Amerikanische Mandatsnote.

New York, 5. April. (W. T. B.) Die amerikanische Regierung hat an die Verbandsregierungen eine Note über die Mandate gerichtet. In diesem amtlichen Schriftstück legt sie nochmals ihren bereits bekannten Standpunkt über die Insel Yap klar. Man behauptet, daß die Vereinigten Staaten diese Gelegenheit benutzt haben, um den assoziierten Mächten amtlich mitzuteilen, daß sie jede Gemeinschaft mit dem Völkerbund ablehnen und sie sich hinsichtlich der europäischen Fragen vollste Handlungsfreiheit vorbehalten.

Das umstrittene Programm Hardings.

I. N. S. London, 5. April.

Zu Widersprüchen mit den Meldungen, die dem Präsidenten Harding ein endgültiges Programm für seine Außenpolitik zuschreiben, wird von Washington von maßgebender Seite gemeldet, daß der Präsident ein solches Programm noch nicht verfaßt habe.

Der Friede mit Deutschland wird bei der Eröffnung des Kongresses bekannt gegeben werden. Der Präsident wird persönlich dabei zugegen sein. Über der Hand verlautet nur so viel, daß Harding nicht willens ist, den Völkerbund beizutreten, und daß Harding gerade gut daran tun würde, die Forderung englisch-amerikanischer Garantien für die Durchführung seiner Ansprüche fallen zu lassen. Aus Washington wird gemeldet, daß Präsident Harding den Vertretern der Presse erklärte, daß die Vereinigten Staaten endgültig auf den Vertrag von Versailles verzichtet hätten.

*

Nach einer in zahlreichen Blättern verbreiteten Meldung sollte bereits ein eingehendes Programm für die künftigen Richtlinien der amerikanischen Politik ausgearbeitet worden sein. Diese vielfach sensationell aufgemachte Nachricht, auf deren Widerspruch vor zumindest verzichtet hatten, eilt aber den Ereignissen voraus. Was in unserer eigenen Londoner Meldung als die Grundzüge der Politik Hardings dargelegt wird, bewahrt wieder, daß das neue Regime in Washington sich im wesentlichen nur von rein amerikanischen Gesichtspunkten leiten läßt und daß die Amerikaner nicht gewillt sind, irgend welche Verantwortung für die Gestaltung der Dinge in Europa zu übernehmen.

Zweifellos wird dies für Frankreich eine gewisse Enttäuschung bedeuten, während es den Engländern im Grunde wohl nicht unbequem ist, gelegentlich zu unsere Ostern eine Einmischung der Vereinigten Staaten nicht mehr befürchten zu müssen. Aber damit, daß die Vereinigten Staaten sich nicht ohne weiteres zu Mitgliedern der Entente machen, ist noch nicht gesagt, daß das deutsche Volk irgendeine besondere Stellung zu amerikanischer Seite erwarten darf. Das würde ja auch dem Grundsatz, daß europäischen Angelegenheiten fernzuhalten, widersprechen. Die Antwort auf das dem amerikanischen Kommissar Dresel übergebene Memorandum zeigt auch deutlich, wie in Washington gewisse grundlegende Fragen wie die der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands für den Weltkrieg nunmehr noch immer ganz falsch beurteilt werden.

Sehr wesentlich wird es sein, auf welcher Basis Präsident Harding den Friedenszustand mit Deutschland herzustellen gedenkt. Ihr darüber nichts Näheres festzieht, wird man in Deutschland gut tun, bei allen Erwägungen hinsichtlich der amerikanischen Politik zurückhaltend zu sein.

Der Heuchler Viviani.

Eigene Drahtmeldung.

* Basel, 6. April.

Viviani klebt anläßlich eines ihm zu Ehren gegebenen Banketts seine erste öffentliche Aufrede, ganz kurzer Gesellschaft mir, die Welt der öffentlichen Meinung Amerikas für Frankreich und gegen Deutschland zu beeinflussen. Die Schilderungen über die Grenzlatten der Schwarzen am Rhein seien nicht als bewußte Verleumdungen, und er richte die Bitte an das amerikanische Volk, Frankreich gegen diese feindselige und anstekkende deutsche Propaganda (!) zu schützen. Auf die wirtschaftliche Lage Frankreichs und Deutschlands hinweisend, bedente Viviani, es gäbe keine französische und keine deutsche Frage, sondern es gäbe nur eine Frage: Ringen der Menschheit. Frankreich wünsche, daß sich alle Nationen miteinander verstehenden (!), aber wie könne Frankreich das Gefühl der Bitterkeit überwinden, wenn nach einer Friedenszeit von 2½ Jahren noch keine Zahlungen für die Wiederherstellung geleistet worden seien. Frankreich verlange nur Gerechtigkeit.

Der europäische Zusammenbruch.

Durnowos Denkschrift an den Zaren.

Der frühere russische Minister des Innern, Peter Nikolajewitsch Durnowo, hat im Auftrag Nikolaus II. als Führer der äußersten Rechten eine bedeutende Rolle gespielt. Zu Nachtschendem beginnen wir mit der Veröffentlichung einer Denkschrift, die der Minister Anfang 1914 an den Zaren gerichtet hat. Aus der geht hervor, daß Durnowo neben Witte und Baron Rosen einer der wenigen bedeutenden russischen Staatsmänner war, die bereits im Februar des kritischen Jahres die Folgen der damaligen russischen Politik klar erkannt haben, namentlich die Tatsache, daß sie mit Naturnotwendigkeit zum europäischen Kriege führen mußte. Die Konsequenzen dieses Krieges mußte eine europäische Katastrophe, den Zusammenbruch Russlands, die russische Revolution und den Umsturz in Deutschland als letzte Folgen der französisch-russisch-englischen Kriegspolitik hat Durnowo bis auf Einzelheiten mit geradezu prophetischem Blick vorausgesehen.

Bereinzelte Abschriften seiner Darlegungen sind Anfang 1918 nach Deutschland gelangt. D. R.

Der Hauptsektor, der den gegenwärtigen Augenblick der Weltgeschichte bestimmt, ist die Rivalität zwischen England und Deutschland. Diese Rivalität muß unbedingt zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen diesen Ländern führen, dessen Ausgang aller Wahrscheinlichkeit nach für den Verlierer tödlich sein wird. In sehr fast schon die Interessen dieser beiden Staaten und ihr gleichgeartiges Großmachtbedürfnis verschenden. Ihr Besitzstand als Großmächte nebeneinander wird sich früher oder später als unmöglich erweisen. Tatsächlich steht auf der einen Seite ein Inselreich, dessen Weltbedeutung sich auf der Herrschaft über das Weltmeer, den Welthandel und unzählige Kolonien begründet, und auf der anderen Seite eine Kontinentalmacht, deren beschränktes Gebiet der unendlichen Bevölkerung nicht genügt. Deutschland hat deshalb offen und deutlich erklärt, daß seine Zukunft auf dem Wasser liegt, daß mit märchenhafter Schnelligkeit seinen Welthandel entwickelt, zu seinem Schutze eine mächtige Kriegsflotte gebaut und durch die berühmte Marke „made in Germany" den industriellen Wettbewerb des Hochfliegenden Gegners mit Todesgefahr bedroht. England kann sich natürlich nicht ohne Kampf ergeben, und zwischen ihm und Deutschland ist daher ein Kampf auf Leben und Tod unvermeidlich.

Der als Ergebnis der erwähnten Rivalität voraussichtlicher bewaffnete Zusammenstoß kann in keinem Falle nur ein Zweikampf zwischen England und Deutschland werden, denn ihre Kräfte sind zu ungleich und außerdem leiden sie sich gegenseitig zu wenig Angriffsmöglichkeiten dar. Deutschland kann einen Aufstand in Indien, in Südafrika und, was besonders gefährlich ist, in Irland hervorrufen. Es kann verwittels Kaiser, vielleicht aber auch durch den Unterwasserkrieg den englischen Seehandel lahmlegen und dadurch für Großbritannien Lebensmittelschwierigkeiten hervorrufen; bei aller Kühnheit der deutschen Heerführer aber werden sie es kaum wagen, in England zu landen, es sei denn, daß ein glücklicher Zufall ihnen hilft, die englische Flotte zu vernichten oder sie erheblich zu schwächen. Für England dagegen ist Deutschland vollständig unangreifbar. Alles was es erreichen kann, ist, die deutschen Kolonien zu besetzen, den deutschen Ueberseehandel zu verhindern und im allergünstigsten Falle die Kriegsflotte zu verlieren. Das ist aber auch alles, und damit kann man den Gegner nicht zum Frieden zwingen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß England versuchen wird, zu dem schon früher wiederholt mit Erfolg angewandten Mittel zu greifen und erst dann Krieg zu führen, wenn es sicher ist, daß strategisch stärkere Mächte an seiner Seite am Kampf teilnehmen werden. Da aber Deutschland seinerseits zweifellos ebenfalls nicht isoliert bleiben wird, so wird der zukünftige englisch-deutsche Krieg sich zu einem bewaffneten Zusammenstoß zweier Mächtegruppen ausdehnen, von denen die eine sich an die deutsche, die andere sich an die englische Orientierung hält.

Bis zum russisch-japanischen Kriege trat die russische Politik wder der einen noch der anderen Orientierung bei. Seit der Thronbesteigung des Kaisers Alexander III. befand sich Russland in einem Verteidigungsbündnis mit Frankreich, das so fest gefügt war, daß es das gemeinsame Auftreten beider Staaten im Falle eines Ueberfalles auf einen derselben unter allen Umständen sicherstellte; gleichzeitig aber war das Bündnis nicht so eng, um den einen Staat zu verpflichten, alle politischen Bestrebungen des anderen Teils unter allen Umständen mit beaufsichtigen und zu unterstützen. Gleichzeitig unterhielt der russische Hof die traditionell freundschaftlichen, auf Verwandtschaft begründeten Beziehungen zu Berlin. Dieser Konjunktur war es vor allem Dingen zu danken, daß im Laufe einer ganzen Reihe von Jahren der Friede zwischen den Großmächten nicht gestört wurde, trotzdem sich in Europa eine große Menge von Konfliktstoffen angehäuft hatte. Frankreich wurde durch das Bündnis mit Russland gegen einen Ueberfall seitens Deutschlands gesichert, Deutschland wieder sah sich gleichfalls durch die erprobte Friedensliebe und Freundschaft Russlands gegen Revanchebestrebungen seitens Frankreich geschützt. Russlands Haltung war durch die Notwendigkeit bestimmt, Deutschland gut nachbarliche Beziehungen zu Russland aufrechterhalten, um die übermächtigen Ansprüche Oesterreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel niederzuhalten. Das isolierte England endlich, das durch die Gegnerschaft zu Russland in Persien, durch die von der englischen Diplomatie traditionell gehegte Befürchtung vor unserem Vordringen nach Indien und durch falsche Beziehungen zu Frankreich (die während der Marokkoschwierigkeiten besonders augenfällig zutage traten) zurückgehalten wurde, sah mit Unruhe auf das Anwachsen der Seemacht Deutsch-

Verschiedene Gerüchte über die Ausführung der Regierungsplänne nahmen schon während des gestrigen Nachmittags einen schnellen Verlauf. Ein Grenadierbataillon marschierte nach Withe Hall, wo sich die Coldstream- und die irische Garde aus den Kasernen bei St. James ihm anschlossen. Kensington-Garden wurde für das Publikum gesperrt und von neuem, wie Sheffield noch schottischen Bataillonen besetzt. Es soll hier ein Lebensmittellager errichtet werden.

Man „prüft".

Paris, 6. April. (E. U.) Das „Journal" teilt mit, daß die interalliierte Volksabstimmungskommission in Oberschlesien am Montag, dem 15. April zum kommen werde, mit der Ausarbeitung der Grenzlinie zu beginnen. Angesichtlich prüfe man Gemeinde für Gemeinde das Volksabstimmungsergebnis nach.

Die Finanzminister-Konferenz.

Die von uns angekündigte Finanzministerkonferenz hat gestern vormittag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Wirth im Reichsfinanzministerium begonnen und ist heute vormittag fortgesetzt worden. An ihr nehmen die Finanzminister der einzelnen Länder (Preußen, Bayern, Württemberg, Baden) teil. Die Tagung ist in erster Linie veranlaßt durch die vor kurzem von Reichstag verabschiedete Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz, die die Steuerfreiheit der Eingeländer erheblich einschränkt. Durch den Wegfall der Möglichkeit, das von der Reichseinkommensteuer freigelassene Existenzminimum zu besteuern, werden die Länder einer ziemlichen Steuerquelle beraubt, für die Ersatz geschaffen werden muß. Ein Ergebnis der wichtigen Beratung, die vielleicht noch mehr den morgigen Tag in Anspruch nehmen wird, liegt noch nicht vor, doch wird eine Lösung vermutlich nur in der Richtung gefunden werden können, daß den Ländern ein höherer Anteil an den Erträgnissen der Reichseinkommensteuer, der Kapitalertragssteuer, der Vermögenssteuer als bei in den Landessteuergesetzen vorgesehene zugeteilt wird. —b—

Die Beamtenzulagen.

Von amtlicher preußischer Seite wird erklärt, daß ein Plan, die Teuerungszulagen für 1921 um 25% abzubauen, im Preußischen Finanzministerium niemals erwogen worden sei.

lands, konnte sich jedoch nicht entschließen, aktiv gegen das Deutsche Reich vorzugehen. Der russisch-japanische Krieg hat die gegenseitigen Beziehungen der europäischen Mächte von Grund auf geändert und England aus seiner abgesonderten Stellung herausgebracht. Bekanntlich haben England und Amerika während des russisch-japanischen Krieges eine wohlwollende Neutralität gegenüber Japan eingehalten, während wir uns derselben Neutralität seitens Frankreichs und Deutschlands erfreuten. Hier heißt, falsche Berechnung der Kern der zukünftigen, für uns natürlichen politischen Kombination liegen müssen. Nach dem Krieg aber wollten sich in unsern Diplomatie eine schwere Verwirrung, denn sie betrat den Weg der Annäherung an England. In die Einflußsphäre der englischen Politik wurde auch Frankreich hineingezogen. Es bildete sich die Gruppe der Mächte des Dreibverbandes mit dem vorherrschenden Einfluß Englands in derselben, so daß der Zusammenstoß mit den Mächten, die sich an Deutschland anschließen, früher oder später unvermeidlich wurde. Welche Vorteile boten und bieten sich uns durch den Bruch auf die überlieferte Politik des Mißtrauens gegen England und durch den Bruch der erprobten, wenn nicht freundschaftlichen, so doch gut nachbarlichen Beziehungen zu Deutschland?

*

Durnowo ist hiermit Erist auf die Politik, die nach dem Rücktritt des Grafen Lamsdorff im Mai 1906 Isowolski in engem Zusammenarbeit mit Paris und London einleitete. Isowolski hatte schon aus seiner Münchener Zeit der Deutschland gut kennen sollen. Er geriet aber dort mit Deutschenfressern, wie dem nachmaligen englischen Botschafter in Wien Sir Fairfax Cartwright, zusammen, und der Zaren-Zyniker fand in diesen Kreisen Gesinnungsgenossen. Isowolski, der bei Ausbruch des Weltkrieges Botschafter in Paris war, hat ja damals den schönen Ausspruch getan: „Sein Krieg beginne nunmehr." Rußlands heutige verzweifelte Lage und der Zusammenbruch der ganzen alten Welt sind der beste Beweis dafür, daß der Zar recht schlechte Ratgeber wählte, als er den Isowolski und Sasonow mehr Gehör lieh, wie den Witte, Rosen und Durnowo. Palologues Erinnerungen zeigen, wie die hiesigen Marionetten politisch nahestehenden Elemente noch bis in die letzte Zeit der Krise hinein bemüht waren, Rußland von kriegerischen Abenteuern herauszuhalten, wie aber gerade der im Sinne des damaligen französischen Präsidenten Poincaré handelnde Botschafter in Petersburg die Partei der Kriegshetzer in Rußland mit allen Mitteln unterstützte und zum Konflikt trieb.

Deutschland und Argentinien.

Gestern abend fand in den Räumen des argentinischen Generalkonsulats eine Begrüßungsfeierlichkeit statt zu Ehren des klirzlich aus Buenos Aires nach Berlin zurückgekehrten argentinischen Konsuls Alberto M. Candioti.

Der Vorsitzende des Verbandes, Geheimrat Borsig, wies in seiner Begrüßungsansprache kurz auf die frühere Tätigkeit des Konsuls Candioti in Berlin hin und schloß mit dem Wunsche, daß sich die Freundschaftsbande zwischen dem argentinischen und deutschen Volke immer inniger gestalten möchten.

Im Namen Königreichs Landesbrunde erwiderte Herr Candioti: Mit Freuden sei er dem erneuten ehrenvollen Rufe seiner Regierung nach Deutschland gefolgt. Solle er hier doch inmitten eines Volkes wirken, das er hochschätze und bewundere, und in dem er so viele Freunde gewonnen habe. Er bezeichnete seine Aufgabe als leicht und erfreulich, da Deutsche und Argentinier nicht alte Freunde seien. Das Ziel beider Völker müsse es sein, sich nicht nur auf den Austausch landwirtschaftlicher und industrieller Produkte zu beschränken, sondern mehr als je zuvor den regen Austausch geistiger Güter zu fördern.

Mit einem Hochrufe auf Deutschland und Argentinien schloß Herr Candioti seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen. **Dr. P.**

Amerika und Japan.

Am 1. März beriet der Bundessenat der Vereinigten Staaten das neue amerikanische Flottengesetz. Im Verlauf der Debatte bekämpfte Senator Lodge, der Vorsämpfer der Imperialisten und zugleich der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die Galerien zu räumen. Das Haus entsprach seinem Wunsch nach Abhaltung einer geheimen Sitzung und erörterte wohl zwei Stunden hinter verschlossenen Türen den Gegenstand seiner Unruhe und Besorgnis.

Was Lodge kam, daß nicht nur der Staat Californien, sondern neuerdings auch Texas, Arizona, New Mexiko, Oregon, Washington, Utah und Colorado Gesetze erließen, die den Landerwerb an Ausländer — gemeint sind Japaner — verbieten. Das verfassungmäßige Recht bezw. bestritt niemand im Haus den Einzelstaaten. Dagegen betonten Senatoren, daß die Bundesregierung beabsichtige, die antijapanischen Maßregeln der Einzelstaaten zu neutralisieren durch ein bereits entworfenes Gesetz, das zwischen den Mächten vereinbarten amerikanischen Botschafter Morris in Tokio und dem japanischen Botschafter Shidehara zu Washington vereinbarten Noten ist. Die Fassung des Entwurfs blieb verschwiegen. Offiziöse konnten nur mitteilen, daß die Bundesregierung versuche, kraft ihrer bisherigen Vormachtstellung den Einzelstaaten die Gesetzgebung zu nehmen. Der antijapanischen Gesetzgebung zu nehmen.

Mehrere Sprecher gaben das Bestehen einer Spannung zwischen Amerika und Japan zu und verwiesen auf die Tatsache, daß die Presse beider Länder offen von direkten Kriegsvorbereitungen am anderen Ufer des Stillen Ozeans schreibe. Erwähnung fand der Streit um die als Kohlestation wichtige Insel Yap. Eine überwältigende Mehrheit des Hauses betrat der Ansicht, daß Amerika die Festhaltung der Japaner auf der Insel nicht dulden könne. Gestreift wurde hier in Japan verdrießenden geschäftlichen Erwerbungen von Ländereien und Kauf der Inseln und Würdigung fand auch die Tatsache, daß die Bebergreifung eines Stück Landes am Panamakanal nicht nur in der Republik Panama, sondern auch in Mexiko und in Japan Erbitterung geweckt hat.

Damit wendete sich die Erörterung zum Nachbarlande Mexiko, dessen Presse und Regierung mit hartnäckigem Eifer bestreitet, daß Japaner im mexikanischen Staat Niederkalifornien weiße Inlands- und Küstengebiete gepachtet haben. Den Dementis widersprich aber nach vielfach vorgebrachter Auffassung die Tatsache, daß ein niemals unterbrochener Einwanderestrom von Japan nach Niederkalifornien rinnt.

Auf Grund dieser Erörterung hinter verschlossenen Türen entschloß sich der Senat, einen Beschluß des Unterhauses, Streichungen am Flottenbauprogramm vorgenommen hatte, zu verwerfen.

Italienische Schmähschrift gegen Deutschland.

Eigene Drahtmeldung.

Rp. Rom, 6. April.

„Messaggero" veröffentlicht einen viele Spalten langen Auszug aus dem in Kürze erscheinenden Bericht der italienischen Kommission zur Untersuchung der vom Feinde begangenen Verletzungen des Völkerrechtes. In dem Auszug, den der „Messaggero" von diesem Berichte gibt, sind Anschuldigungen der Kommission gegen das Verhalten Deutschlands, der und nach dem Kriegseintritt Italiens enthalten. Besonders beziehen sich die Anschuldigungen auf die Periode der Besetzung Venezieus und besonders der Städte Vittorio, Dunitto, Comegliano und Udine durch deutsche Truppen. Der Bericht ist eine Anklageschrift ohnegleichen. Aus der Einleitung und dem Schluß wird der besondere Zweck der Veröffentlichung ersichtlich. Denn das Kommissionsmitglied Professor Albertini hebt den Umfang des von Italien erlittenen Schadens nicht gebührend, daher Italiens Anteil an der deutschen Entschädigung viel zu gering bemessen.

Tagung des deutschen Saarvereins.

Der deutsche Saarverein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Saargebiet dem Reiche zu erhalten, hielt unter Vorsitz von Kammergerichtsrat Dr. Hillen seine diesjährige Tagung in Cassel ab. Nachdem am Sonntag der geschäftliche Teil der Zusammenkunft erledigt war, fand am Nachmittag in der Stadthalle eine machtvolle Kundgebung für das Saarland statt, zu der die Bevölkerung von Cassel sehr hörten, wie alle politischen Parteien Vertreter entsandt hatten. Für die Deutsche Volkspartei sprach Regierungsrat Albrecht-Bähr, dessen Ausführungen in dem Bekenntnis gipfelten: „Der Saarberg- und Hüttenmann wird treu seinen seiner Kohle und seinem Eisen, er wird pfeifen auf die französischen Erbmetalle." Auch die Ausführungen aller anderen Redner Bismarck überzeugt in den Wunsch, daß die Bewohner des Saarlandes, allen Lockungen zum Trotz am Reiche festhalten.

Am Schluß der Tagung fand eine Entschließung einstimmige Annahme, in der die Bewohner des Saarlandes an das deutsche Volk wie an alle Länder der Erde sich wenden um Hilfe in ihrem moralischen Kampfe gegen französische Rechtsbrüche. Die Entschließung endigt mit einem Appell an den Osterbund als den Schirmherrn des Saarlandes.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Dortmund gewählt.

600 jähriges Jubiläum von Saarbrücken.

1. **Saarbrücken,** 6. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Stadt Saarbrücken feierte dieser Tage ihr 600 jähriges Bestehen. In der Stadtverordnetenversammlung gab Bürgermeister Hobohm einen Überblick über die durchaus deutsche Bergangenheit der Stadt.

Hochgebirge und Kriegsleiden.

Von

Dr. med. et phil. G. Burkhardt,

Aletsch,

des Deutschen Kriegerkurhauses Davos-Dorf.

Wie wir meldeten, haben sich unter Förderung des Reichskanzlers und der Reichsämtlichen führende Männer aus Handel und Industrie dafür eingesetzt, die erforderlichen Mittel aufzubringen, um das deutsche Kriegerkurhaus Davos-Dorf zu erhalten. Der folgende Artikel, der von dem leitenden Aletsch-Arzt dieses Kurhauses verfaßt ist, gibt ein Bild der Bestrebungen und der Wirksamkeit der Anstalt.

Der Tiefstand der Marksetzung infolge des unglücklichen Ausgangs des Krieges hat die begreiflicherweise Folge gehabt, daß die Vorzüge der Heimat gegenüber den Lockungen des Auslandes wieder mehr aufgesucht werden, und zwar nicht nur von Vergnügungsreisenden, sondern auch von den Kranken. Große Kurorte und Sanatorien jenseits der Grenzen, die vor dem Kriege ganz auf deutsche Gäste eingestellt waren, sind heute leer, während die deutschen Bäder und Anstalten überfüllt sind.

Gegenüber den berechtigten Bestrebungen, an Ausgaben und Kosten in der Heimat zu halten, was ohne Schaden zu halten ist, muß es als Tat begrüßt werden, wenn ein Unternehmen trotz der Behinderung der Zeit gebauten wird, das auf besonders, im Vaterlande fehlende, klimatische Vorzüge gegründet, sich zur Aufgabe gesetzt hat, Kriegsleidende zu heilen, die sonst den Siechtum verfallen würden.

Für das deutsche Kriegerkurhaus Davos-Dorf, das im Sommer 1918 von dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge Berlin, dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Berlin, und dem Hilfsfond für Deutsche Kriegsfürsorge in der Schweiz, Zürich, eingerichtet worden ist, sind in diesen Wochen umfangreiche Bestrebungen im Gange, seine Pforten auch jetzt offen zu halten, wo Not und Bedrängnis herrscht. Und mit Recht! Denn die Volkskraft ist das Wertvollste, was das Vaterland noch besitzt; sie ist die Goldreserve, die uns nur helfen kann, wenn wir sie nicht selbst zugrunde gehen lassen.

Deutschland besitzt für klimatische Kuren die Tee, die Wälder des Tieflandes und die Mittelgebirgen; es hat für alle möglichen Leiden die Badeorte mit speziellen Wirkungen. Hochgebirgsatoler wie Davos sind trotz eifrigsten, jahrzehntelangen Suchens im deutschen Oberlande bis heute nicht gefunden, und gelänge der Fund, so fehlten die Unterkunftsmöglichkeiten, auf deren Bau unsere Kriegskranken nicht warten können; denn wer kann beurteilen, daß ein Stil der alliierten Kriegspropaganda gehalten sein. Aus der Einleitung und dem Schluß wird der besondere Zweck der Veröffentlichung ersichtlich. Denn das Mitglied der italienischen Kommission habe den Umfang des von Italien erlittenen Schadens nicht geschätzt, daher Italiens Anteil an der deutschen Entschädigung viel zu gering bemessen.

Tagung des deutschen Saarvereins.

Der deutsche Saarverein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Saargebiet dem Reiche zu erhalten, hielt unter Vorsitz von Kammergerichtsrat Dr. Hillen seine diesjährige Tagung in Cassel ab. Nachdem am Sonntag der geschäftliche Teil der Zusammenkunft erledigt war, fand am Nachmittag in der Stadthalle eine machtvolle Kundgebung für das Saarland statt, zu der die Bevölkerung von Cassel sehr hörten, wie alle politischen Parteien Vertreter entsandt hatten. Für die Deutsche Volkspartei sprach Regierungsrat Albrecht-Bähr, dessen Ausführungen in dem Bekenntnis gipfelten: „Der Saarberg- und Hüttenmann wird treu seinen seiner Kohle und seinem Eisen, er wird pfeifen auf die französischen Erbmetalle." Auch die Ausführungen aller anderen Redner Bismarck überzeugt in den Wunsch, daß die Bewohner des Saarlandes, allen Lockungen zum Trotz am Reiche festhalten.

Am Schluß der Tagung fand eine Entschließung einstimmige Annahme, in der die Bewohner des Saarlandes an das deutsche Volk wie an alle Länder der Erde sich wenden um Hilfe in ihrem moralischen Kampfe gegen französische Rechtsbrüche. Die Entschließung endigt mit einem Appell an den Osterbund als den Schirmherrn des Saarlandes.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Dortmund gewählt.

600 jähriges Jubiläum von Saarbrücken.

1. **Saarbrücken,** 6. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Stadt Saarbrücken feierte dieser Tage ihr 600 jähriges Bestehen. In der Stadtverordnetenversammlung gab Bürgermeister Hobohm einen Überblick über die durchaus deutsche Bergangenheit der Stadt.

Georg Büchner „Woyzeck"

Deutsches Theater.

Als wir das Drama zuletzt erlebten, hieß es noch Wozzek. Inzwischen hat die Wirkowitz germanistische Kritik den Lesefehler von Karl Emil François richtiggestellt, der fast ein Jahrhundert lang aus dem Namen Woyzek einen Wozzek machte: er hat bei anderen Verbesserungen und Wilderungen, die sich der erste Herausgeber mit dem Text gestattete, richtiggestellt. Wir aber haben erlebte der Ur-Woyzek unter Reinhardts eigener Regie in der Schumannstraße seine Uraufführung. Mit Herrn Kloepfer in der Titelrolle.

Ich bekenne offen: von der Büchner hatte war der Unterschied gegen früher nicht groß. Auch wer den Text von Franzos einigermaßen zu kennen glaubte, hörte nur selten ein neues Wort — und verglich zuletzt mehr zwischen dieser und der vorjährigen Aufführung bei Barnowsky als zwischen dem Text und dem ausgaben. Neu gegen die Aufführung des Lessingtheaters war mancherlei, so die Aufmachung der Jahrmarktsbudenszenen, die Barnowsky gestrichen hatte; vielleicht neu nur eine allerdings sehr markwürdende Szene, nach dem Mord zwischen Woyzek, dem Wahnsinnigen und dem Kind Woyzeks. Der Vater hat das Kind in Arm, Woyzek, verstört, gehetzt, möchte seine Sehnsucht und Angst bei diesem letzten Wesen bergen, das ihm geblieben ist; das Kind kümmert sich nicht um ihn, spielt mit dem Wahnsinnigen, der immer wieder kein gleiches Sprüchlein wiederholt. Die Einsamkeit der armen Seele hat in diesem wunderbaren Gleichnis der ergreifendsten Ausdruck gefunden. — Die Bedeutung der Besetzung Wiskowaks wird von diesen Feststellungen nicht berührt, um so weniger, als erst Letzkow ihren Schöpfer auf die Spur kommen könnte. Hier galt es nur festzustellen, daß der große Eindruck der Dichtung auch gleiche geblieben ist.

Reinhardt hat sich ihrer mit seinen besten Energien angenommen. Wie im „Urfaust" drängt er die Szenen auf die Bühnenmitte zusammen, verdichtet die Bilder nur in einem kleinen Bildausschnitt im Zentrum, während der Rahmen rings in nächtigem Dunkel bleibt. Die Entwürfe von Haarstedt und Dworsky sind sehr einfach und doch bildhaft wirksam: sie konzentrieren, ohne expressionistische Mittelchen, zu starken expressionistischen Eindrücken. Manches, wie die Zentralsonne weiß einen und zu begreifen, manches, wie die Soldatenstube Woyzeks oder der Mordsumpf, ist von traumhafter Kraft. Der Szenenwechsel gleitet sehr rasch vorüber, das Ganzen fügt sich dem Gesamt, das Ergebnis ist von einheitlicher Wirkung. Die wenigen Massenszenen ohne Gesichtsbeleuchtung, (vor Erscheinungen, das in ohne Gesichtsbeleuchtung, (vor Erscheinungen, das in ohne es erlebt, nur sich selbst spiegelt, gewinnt der Werfel symbolische Gestalt in der Figur des „Spiegelmenschen", der sich immer wieder vor uns hin, als der Held des Schauspiels, der bewußte Jünglinge Tamas, das bedeutsäbendruck von dem magischen Spiegel, in dem er sich immer sich selbst erblickt, sein Leben mit einem Schritt beenden will, aus dem Spiegel, aus dem Spiegel heraus. Das „Ich" zeigt ihm die schmerzigen Lebensspiele „Mord und Ruhm", und sie sie erlosen, begeben sich beide wieder in die Vertiefung jauchzende Spiegelbild seinem in die Welt.

Sowohl das Brudstückhafte des vorgelesenen Textes wie die zwiefache Gestaltung des Werkes (artistisch-gewaltsame, das Einzelne fast des Ganzen hinabstürzende Art des Vortrags hinzu, das Ganze, das Ganze, das Ganze, das Ganze (grotesteste sehr jugendliche) Publikum seiner innerlichsten Begeisterung hat den Dichter erst recht zuhanden, als er nach dem Tode eine Reihe Gedichte, teils neue „Arien", in denen durch eine wirkliche Tiefe und Reinheit, die alle lyrische Jugendbrunst doch immer wieder durchschlägt, teils Gitter vorrang. Hier gab die formende Rede die wirklichkeits-humanistische Kraft der Dichtungen mit schöpferischer Intensität wieder. **M.**

Italienische Kunstausstellung in der Berliner Nationalgalerie.

Die italienische Kunstgruppe „Valori Plastici", vom Direktor der Berliner Nationalgalerie, Geh. Rat Ludwig Justi, eingeladen, nun im ehemaligen Kronprinzenpalais, der jetzt der Abteilung der Galerie, am Donnerstag, 7. April, ihre Ausstellung eröffnen. Die italienische Ausstellung wird mit einer Rede des Dichters Gabriele D'Annunzio eröffnet werden, der der jungen italienischen Kunst nahesteht.

Der zweite Ehrendoktor der Berliner Universität. Die Berliner Universität hat beschlossen, ihren am 1. April infolge des Dienstaltersgesetzes ausgeschiedenen kaiserlichen Gerichtsrat, Reichsgerichtsrat Werkel, zum Ehrendoktor ernannt. Dieser neue Auszeichnung, die vor kurzem dem Ministerialdirektor Naumann vom Kultusministerium verliehen wurde, ist für Männer bestimmt, die sich um die Rechtspflege besondere Verdienste erworben haben. Werkel fand 40 Jahre lang im Dienste der Universität und 20 Jahre lang in ihrer Vertretung.

Deutsches Reich.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Die Frage der preußischen Kabinettsbildung ist auch heute noch ebenso ungeklärt wie gestern. Im Abgeordnetenhause gehen die interfraktionellen Besprechungen und Fraktionssitzungen weiter. Die Sitzung des Zentrums, die für heute Vormittag 10½ Uhr angesetzt war, wurde eine Stunde verschoben, um 1 Uhr traten die Kommunisten zusammen, um 4 Uhr sollten die Sitzungen der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-demokratischen Partei beginnen; die Sozialdemokraten haben, wie schon gestern erwähnt, ihre nächste Sitzung auf heute abend 7 Uhr angesetzt.

Zentrum und Demokraten halten, wie wir hören, unbedingt an ihrem Standpunkt fest, mit der bisherigen Koalition allein, ohne eine Verbreiterung nach rechts, keine tragfähige Regierung übernehmen zu können, so daß schließlich der gestrigen Beschlusses der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vorläufig eine Aussicht auf eine Einigung der bisherigen Koalitionsparteien nicht besteht. Es wird von den Beschlüssen der heutigen Fraktionssitzungen des Zentrums und der Demokrate abhängen, ob die Parteien nunmehr andere Koalitionen in Erwägung ziehen werden.

Das Abwicklungsamt der Schutztruppen.

Wie die Organisations-Abteilung der Reichsregierung mitteilt, ist die Abwicklungsamt der Schutztruppen am 31. März aufgelöst worden. Die Beendigung der Abwicklungsarbeiten wird von der Kolonialzentralverwaltung des Reichsministeriums für Wiederaufbau durchgeführt werden.

Das oberschlesische Pressetreiben.

Kattowitz, 5. April. Der Verband der oberschlesischen Presse erließt gegen das Urteil des Polnischen Schiedsgerichts, welches Urteil scharfen Protest mit der Begründung, daß bisher kein polnisches Blatt von der Interessiertenseite bestraft worden worden ist, noch selben Redakteure zur Verantwortung gezogen worden sind.

Der evangelische Schulkongreß.

Der Deutsche Evangelische Schulkongreß wird vom 17. bis 19. Mai in Bielefeld tagen. Magistrat der bewährten, gelegentlich Gute ebenfalls über die Schule und die Freunde evangelischer Schulbildung und Jugendbesiehung ein zu Mai und Zat zusammenkommen. Behandelt werden: Die schulpolitische Frage, Bekenntnisschule und nationale Eintracht, unsere Forderungen zur Mädchenbildung, unser Religionsunterricht, der Religionsunterricht in der Schule und die Kirche.

Kriegsberichterstatter.

Die Frage, ob die Engländer und Franzosen Kriegsberichterstatter zu den in Frankreich stehenden Armeen zulassen sollten, ist in letzten Tagen in den Weltkriegen offenbar hart umstritten gewesen.

Einen jetzt in der „Times" abgedruckten Brief von Lord Northcliffe an den Minister vom 20. April 1915 an Lord Riddel entnehmen wir diese Ansichten des englischen Propagandagewaltigen. „Die oft behandelte Frage der Kriegsberichterstatter ist gar nicht unwichtig. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, Artikelschreiber und Minister von Distinktion heranzuziehen. General French hat sich jetzt auch zu der Ansicht bekehrt, daß Berichterstatter erstatter notwendig sind . . . Ich bin nicht der Ansicht, daß immer dieselben Berichterstatter verwendet werden sollten, weil Neuerfassung von Dingen gegen die Zensur Verdienen, wenn sie nicht ständig in derselben Sache beschäftigt sind . . . Im Hauptquartier sollte auch stets ein Vertreiger anwesend sein, der eine Nachrichtenzentrale für die deutschen Lügen so schnell zu veranlassen, als Dr. Hammann in Berlin diese Lügen ausgibt. Das Auswärtige Amt muß das größte Interesse haben, diese falschen deutschen Nachrichten in den neutralen Ländern zu bekämpfen. Ein Mitglied des Stabes von General Joffre sagte mir, auch die Franzosen wären bereit heutzutage willig, Schriftsteller von Ruf, von denen jeder ein Syndikat von Zeitungen vertritt, anzuwerben . . . Zur Bedeutung ist, daß die Offiziere, die Ministerien, wie politische Artikelschreiben und Artikelschreiben ebenso Unterschiede bestehen wie zwischen Generalen und Generalen . . . Ich verfolge durchaus General Joffres Abneigung gegen die Zulassung einer gemischten Menge von Zeitungsschreibern zu seinem Hauptquartier. Ein Zeitungsmann bei einer Armee ist ebenso schädlich wie ein Soldat in einer Redaktion. Wenn aber die Regierung wünscht, Streit zu vermeiden und in diesem Krieg das ganze Volk zum Waffenschmied heranzuziehen, so sollte sie jeden Mann anspannen, um ausgezeichnete Schriftsteller heranzuziehen und den Krieg zu dem zu machen, was er in der Tat ist — eine Frage des Lebens und Todes für die ganze Nation."

Aus alledem folgt, wie richtig Lord Northcliffe die Dinge angesehen hat, wie groß sein Einfluß heute und wie sich bewußt er sich selbst und seine Propaganda durchzusetzen verstanden hat. Hg.

Das Kommunistische „Hauptquartier".

Bk. **Halle,** 6. April.

Die Aushebung des sogenannten „Stabsquartiers der roten Armee Mitteldeutschlands", welches im Haute Reliffe 84 untergebracht war, hat jetzt zu Aufdeckung der ganzen Organisation der kommunistischen Putschleitung geführt. Danach sollte von Halle aus der Aufstand über ganz Deutschland hinübergetragen werden.

Die Oberleitung des Aufstandes lag in den Händen eines gewissen Robert Kraße aus Berlin, der im Hotel Zander-Körnerstraße 32 abgestiegen ist. Mit ihm zusammen arbeitete ein gewisser Wilhelm Fuchs aus Berlin. Im Hause Berliner Straße 84 hielt sich beim Gastwirt Zahr eine vier Kurierzentrale eingerichtet. Am Karfreitag ist die Überleitung mit ihren Mitarbeitern im Aufbundbezirk angeordnet worden. Am 1. April ist Wom Oberkommando in der Kerserstraße gingen kamtliche Weisungen und Befehle an die Bezirksleitung und Kreisleitung 84. Unter in Sachsen-Schützenstadt, das dort beschlagnahmt wurde, wurde der ganze Plan über die Organisation des Aufstandes mit Zeitpunkt seines Ausbruches und über die Ausbedingungsmöglichkeiten. Eine Angabe von Patienten liefert den Beweis, daß aus Rußland Informationen und Geldsendungen eckommen sind.

Mit Wirksamkeit auf die außerordentliche Fülle des Materials, das noch nicht bekannt ist, bestätigt werden können, ist der Beginn der Verhandlungen in der Halle eingesetzten Sondergerichts heute nachmittag 4 Uhr nicht mehr bekannt geworden. Die Verhandlungen werden kaum vor der nächsten Woche beginnen.

Die Bauernschaft der Mansfelder Kreise erlebt heute Unruhe, in denen sie alle bürgerlichen Schichten auftreten, unbeeinflußt durch Kommunisten und Spartakisten. Kommunisten versuchten, in ihnen die Unzufriedenheit zu machen, die sich im Aufrührgebiet an den Kämpfen, an den Aktionsausschüssen, an entsprechenden Resolutionen und an der Behinderung Arbeitsgeräte beteiligt haben.

Das Staatsministerium hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Löbejün, die vor wenigen Wochen durch die kommunistische Mehrheitsschule und Straßenpolizei zahlungsunfähig wurde, aufgelöst.

Weitere Verhaftungen von Kommunisten.

Wie unser L.K.-Mitarbeiter aus München mehrt, ist der seinerzeitige „Volkspräsident" der Münchener Räterepublik Köderl, der an der Beteiligung der Kommunistischen Putschversuchen beteiligt, verhaftet worden und einer Sitzung der Fraktion beim Verlassen des Landtages verhaftet. Gleichfalls sind gestern in Nürnberg und Fürth zwei Mitglieder der Kommunistischen Partei Wolf. Ebenso wurden in Fürstenberg 12 meist jugendliche Kommunisten verhaftet, darunter ein 15 jähriges Mädchen. In Hamburg wurden 9 Kommunisten vom zweiten Kriegsrichtlichen Gericht zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen, zwei zu 3 Jahren verurteilt. In Leipzig gelang es, die beiden noch geflüchteten Hauptredaktiseiner der Neuen Zeitung, die Redakteure Fischer und Schwarz, zu verhaften. Sie sind auf dem Sächsischen Bahnhof festgenommen.

Wie jetzt feststeht, sind auch die Neuwerker die Kassenbestände der Bank der Arbeiter und Soldaten in Höhe von 80 Werke durch den Aufstand fällig gelegt worden.

Russische Propagandisten in Italien.

Rp. Rom, 6. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der russische Bolschewist Ivan Ivanowitsch Boja, verhaftet. Der Mann hatte an der Riviera auf großen Fuße gelebt und sich angeblich geflüchtet vor revolutionären Umtrieben in Italien beschäftigt.

Die Betriebsrätewahlen im Ruhrrevier.

Bochum, 5. April. Von den Betriebsrätewahlen im Ruhrrevier liegen bisher die Ergebnisse von 66 Schachtanlagen vor. Auf diesen 66 Schachtanlagen waren 70 Arbeiterunionen abgegeben und 69 Betriebsräte gewählt. Davon erhielten die freien Gewerkschaften 377, die christlichen Gewerkschaften 116, die Hirsch-Dunckerschen Berufsvereinigung 29, der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein 2, die Freie Arbeitervunion 135, die Kommunistischen 21 und die Berlinigten Kommunistischen Parteien 14.

Das Eintrittsgeld der Museen.

Von Prof. Dr. **Ad. Erman.**

Zu der vielerörterten Frage über die Einführung von Eintrittsgeld in die Berliner Museen sendet uns Professor Erman die folgenden Ausführungen, denen wir zur weiteren Klärung der Streitfrage gern Raum geben.

Man mag zur Sozialdemokratie stehen, wie man will, das eine muß man ihr lassen, daß sie das Richtige erkannt hat, daß der Hunger nach Bildung, Ihm weite Kreise unseres Volkes empfinden. Auch die Art, wie man ihn zu befriedigen sucht, kann man im allgemeinen billigen, mögen die Erfolge zunächst auch noch nicht den Erwartungen entsprechen und mag das Kino auch noch unendlich mehr leisten als die Volkshochschule. Um so schwerer wird es ihnen, die Regierung, die sich so um die Bildung des Volkes bemüht, jetzt eine Verfügung erlassen hat, die der Berliner Bevölkerung mit einem Schlage einen der wichtigsten Plätze ihrer Bildung verschließt: vom 1. April an ist in den staatlichen Museen ein Eintrittsgeld von 2 ℳ erhoben! Wie man hört, geht diese Maßregel auf den Finanzminister zurück, das auf diese Weise das fehlende Geld zum Druck der Kataloge des Museums schaffen will. Nun sind Katalage in einem Museum gewiß etwas Gutes und Nützliches, aber wo sie fehlen, kann man sie zur Not zu auch durch häufigere Bekanntmachungen erklärender Zettel ersetzen. Das ist in anderer Hinsicht gewiß nicht schön, aber es ist immer besser, die Museen ganz zu schließen. Denn geschlossen sind sie für alle Eintrittsgeld, wenigstens für diejenigen Kreise des Volkes, die bisher ihre eifrigsten und besten Besucher waren: Schüler, Studenten und junge Leute aller Stände, die sich so oft freie Stunde in den Museen zubringen und denen kein Weg zu weit und kein Wetter zu schlecht ist, um in ein Museum zu gehen. Für diese Jugend und für alle die Gebildeten, deren wirtschaftliche Not sie heut von anderen Stätten geistiger Erhebung und Erholung ausschließt, bedeutet das Eintrittsgeld das Ende der Museen geschlossen. Fortan werden deren Besucher nur noch aus einigen wohlsituierten Reisebesten bestehen, für die die Museen eine „Sehenswürdigkeit" sind.

Nun will man ja freilich den Sonntag und einen Tag in der Woche kostenfrei eintreten gegeben; schon gedacht, aber wenn ein Schüler oder ein anderer junger Mann einen Tag frei hat, und wenn der Student eine freie Stunde gewinnt, so ist jener gerade an diesem Tage wohl immer jener eine Tag fein, an dem die Tierbilder der Museen nicht auf Zweimarkscheine lauern? Und doch sind diese Schüler, die die Freiheit haben, und den freien Tag in den Museen auszunutzen, gerade die Empfänglichen, denen der Besuch wirklich etwas nutzt.

Ich nennen eben die Studenten — ja was weiß ich, wieviel Leute ich gesehen, die bei der starken Verminderung der Besucherzahl, die sie zur Folge haben wird, wird sie von vornherein nur geringe Beteiligung finden, und die, die dem Zeit werden die unnatürlichen Verhältnisse, die sie schaffe, zu Ermäßigungen und Befreiungen führen. Dann wird es so werden wie in Italien: wo einmal ein Eintrittsgeld eingeführt hat, der ihm den freien Eintritt sichert und wo nur noch die Fremden die Gebühren zahlen. Und um diese schließlichen Resultates wollen wir doch lieber gleich ganz auf das Museum verzichten, sowohl der Freunde der heutigen Bestrebungen als der der guten preußischen Tradition?

Kurzliche Fortbildungskurse zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Im Interesse wirksamer Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hält der Bayer. Landesverband für ärztliche Fortbildung kurzfristige praktische Kurse über Geschlechtskrankheiten abhalten. Die Kurse finden in verschiedenen Städten statt, so daß sie von jedem Arzt möglichst erreichbar sind. Die Teilnehmergeld soll jedoch nicht hoch überschritten. Die Kurse sind unentgeltlich, die zuständige Landesversicherungsanstalt wird den Herren, die nicht an Kursort wohnen, die Reisekosten vergüten. Weitere Anregungen an: Prof. Dr. Leo von Zumbusch, München, Dermatologische Universitäts-Poliklinik, Pettenkoferstraße 8a.

Konzerte am Donnerstag.

Bechstein-Saal: 7½ Konzert Franck Kramer (Violine). — Beethoven-Saal: 8½ Liederabend Irmgard Koeffler. — **Philharmonie:** 7½ Konzert Hubermann; am Klavier Paul Frenkel. — **Hochschule:** 8: Konzert mit dem Philharmonischen Orchester Erv. G. Kopp; Dirigent Schillings.

A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Reichshauptstadt.

Der „Prim-Trommler".

Auf den Anzeigen der Berliner Cafés, Diielen, Bullette usw. findet man sehr häufig den fettunterstrichenen Vermerk: „Jazz-Band", und das ist, unerkünstelt zu reden, einfach der Musik-Bande, die zum Jazz, Jazz und Jazz aufspielt. Diese Jazz-Banden sind recht lustig angeführt. Die Zusammenstellung ist, wie gesagt, unerkünstelt. J. B. sitzt einer mit einer exotischen Negermandoline auf dem Flügel, der gar nicht gespielt wird, ein anderer hat eine Ziehharmonika, ein dritter eine Posaune, der vierte ist Trimpeiger, der fünfte Trommler. Nun ist das Sonderbare, daß hier die obenerwähnte Person, der Trimpeiger, mit der auf der Nase hängenden Schmachtlocke gar nach dotsch, oder ohne Schmachtlocke und ohne „hmmmsiehen Augenaufschlag" und soutige atmosphäre indegrete Sentimentalität. Er ist abgesetzt, Hauptperson ist der Trommler. Hymnen ist er ein Neger. Und er ist umringt von einem unsäglich aufgetürmten Apparat von drei Dutzend Schlaginstrumenten; Pauken, Hinkendeckel und einer Spirale zuhendy, kleine Trommel und verschieden geformten Holzklötzchen, auf die er klopft, knarren, Triangel usw. und er sitzt unter einer Art Triumphbogen, der mit Pferdegeschirrgloken und einer Reihe von Jägers- und Anhängsel umkränzt ist. Und auf der großen Trommel sitzt ein weißes Reschchen mit Glopsaugen, das zusammenklappt, wenn die Trommel geschlagen wird.

Der Trimmtrommler sitzt wie ein Zauberkünstler hinter seinem Apparaten, wie ein Apotheker hinterm Sodawassersyphon, wie ein Milzer hinter der Bar, und klingelt, klappert, klopft, bumm, schnarrt, kracht, trommelt im Gegensatz zur Melodie, sie gerpflückend, ihren eigenen Rhythmus zerhackend. Er bedeutet die Sauce zum Beefsteak. Ein ins Unpsaubische geziegertes Rhythmen-Raffinement, das weit entfernt ist vom Wiener „Walzer-Schmalz" von chemaals und das unglaublich schwerer zu singen ist: Gerabezu eine akrobatisch-turnerische Angelegenheit, die viel Körpergeschmeidigkeit und Beherrschung der Bewegungen erfordert und keine Ausgelassenheit zuläßt.

Wenn man will, kann man den Sieg des Primmtrommlers über den Primgeiger als Jetztcharakteristikum werten. Als Sieg des Rhythmus über die Melodie, des Hirns über das Herz. Und typisch, daß diese Dinge alle aus Amerika kommen, wo natürlich kein Herzensbaum und einheitliches Sentiment das Aufgewachsen der Völker amalgamieren kann. Die Neger, die Spanier, die Engländer, die Chinesen — Alles hängt zusammen, wenn man die Bildungsmerkmale, fortspiert durch den Charakter des englischen Textes und völlig zerfetzt durch das heitere Sahara-Wüsten-Gebrüpper des trommelnden Negers. **Chr. H.**

Sylts Besetzung.

Unter großer Beteiligung der Berliner Arbeiterschaft hat heute vormittag um 11 Uhr in der Böhmhütte der Trauerfeier für den Obermaschinisten Wilhelm Sill stattgefunden. Unter der Trauerversammlung sah man Wolf Hoffmann, Friedrich u. a. Vertreter der Gewerkschaften, der städtischen Werke, und der drei sozialistischen Parteien. Namens der Arbeiterschaft der städtischen Elektrizitätswerke sprach Otto Piedoff. Für die Arbeiter- und Angestelltenschaft der städtischen Betriebe hielt Deitner vom Gesamtbetriebsrat eine große Trauerrede. Zum Schluß sprach noch ein Vertreter der kommunistischen Jugend. Dann wurde der Sarg durch ein endloses Spalier von Kranzträgern auf den Leichenwagen gesetzt. Am Pernsluner Tor hatte sich ein riesiger Trauerzug formiert. Tausende folgten den Gebäuden Berliner Werke, der größte Teil der Belegschaften der städtischen Betriebe, die Parteiorganisationen der Kommunisten, Abordnungen der anderen sozialistischen Parteien, hatten in den angrenzenden Straßen mit vielen Fahnen und zahlosen Kranzspenden mit roter, schwarzen Aufschriften genommen.

Die Beteiligung der Berliner Arbeiterschaft.

Ein Teil der Groß Berliner Arbeiterschaft hat sich dazu entschlossen, anläßlich der Beisetzungsfeierlichkeiten den den Betrieben fern zu bleiben. Dies waren vor allem Dingen die Arbeiter der Gas werke, wo etwa Dreiviertel der Belegschaft am heutigen Morgen nicht erschienen war. Der Betrieb mußte infolgedessen sehr stark eingeschränkt werden. Auch bei der Berliner städtischen Aktien-Gesellschaft waren die Gebäudereinigungsfrauen der Mehrzahl der Arbeiter dem Beispiel Berlins gefolgt, wie auch überhaupt in den kleineren und mittleren Werkstätten der Metallbranchte nur teilweise gearbeitet wurde. Zu den ausgebrochenen Betrieben der A. E. G. wurde zum größten Teil geschlossen. Einige Kolonnen mußte jedoch die Kabelwerkfabrik in Henningsdorf, wo von 4500 Arbeitern nur etwa 300 erschienen und im Kabelwerk Oberspree blieben etwa 1200 der Arbeit fern. Die in Berlin gelegenen Werke der A. E. G. arbeiteten fast vollständig. Ebenso haben sich die Arbeiter von Ludwig Löwe nur mit etwa 5 bis 5 Prozent der best Beschäftigten an der Trauerfeier beteiligt. Die Siemens-Schuckert und Siemens & Halske-Werke arbeiteten vollständig. In den Berliner städtischen Elektrizitätswerken wurde nach von Gewerkschaft der Ver angefordertem Strom in voller Höhe abgegeben. In den städtischen Gaswerken wurden in Tagel nur Reinigungsarbeiten verrichtet, während in den anderen Werken ein Sonntagsbetrieb aufrechterhalten wurde. In den Wasserwerken ist jedoch soviel Gas vorrätig, so daß Gichtverschüttungen am Gichtgase nicht eintreten werden. Ein Teil der Berliner Straßenbahner hatte es vorzogen am heutigen Tage keinen Dienst zu tun, wiewohl der Belegschaft mitgeteilt wurde, daß elektrischer Strom zur Weiterführung des Betriebes zur Genüge da sei. Die Berliner Straßenbahner stellten daher im Trauerzuge einen großen Kranz zu der Teilnehmer.

An einer gestrigen Funktionärversammlung des S. P. D.-Bezirksvorstandes, die der Minister Severing und Polizeipräsident Richter gesprochen hatten, wurde eine Resolution angenommen, worin der Sozialdemokratie das Vertrauensvotum der S. P. D. Großberlin es abtrennen, in das Madgeschick der Menschheit einzugreifen, die aus Worten leicht zu Mord und Gewalttaten aufgeschoben und dadurch den Zob Sills selbst verschuldet haben.

Nordsüdbahn und Erwerbslosenfürsorge.

120 Millionen Reichs- und Staatszuschuß.

Der ständige Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung für die Erwerbslosenfürsorge beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung vorerstmal mit der Frage, wie der Weiterbau der Nordsüdbahn der Behebung der Erwerbslosigkeit dienlichst gemacht werden könne.

Überdiesen Punkt der Frage machte eine Reihe bemerkenswerter Mitteilungen über die Verhandlungen, die wegen der Beteiligung von Reich und Staat an der weiteren Aufbringung der zum Bau der Nordsüdbahn erforderlichen 350 Millionen geführt werden und die erzielbaren Ergebnisse vor dem Abschluß stehen. Danach soll das Reich durch das Reichsarbeitsvermittlungsamt einen Zuschuß von 120 Millionen leisten. Wenn die Gesamtkosten aufgebracht sind, wird es möglich sein, 9000 Erwerbslose 1½ Jahre lang beim Bau der Nordsüdbahn zu beschäftigen.

Von dem Vertreter des Landesarbeitsamtes Nordwesten, Kersten, wurde in den Verhandlungen angeregt, nicht nur für die ungelernten Arbeiter beim Tiefbau, sondern auch durch Beteiligung des Hochbaus für die Zuleute erwerbslosser Bauhandwerker Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Abgelehnt wurden im Ausschuß weitere kommunistische Anträge, u. a. die Forderung, allen Arbeitslosen freie Fahrt zur Arbeitsnachweis und zur Erlangung einer Arbeitsstelle zu gewähren, ferner die Erwerbslosenunterstützung in voller Höhe (!) und den Tariflohnen zu zahlen.

Zur bevorstehenden Tariferhöhung auf der Stadt- und Ringbahn erfahren wir an zuständiger Stelle, daß die neuen Fahrpreise zwar noch nicht genau errechnet sind, daß aber die prozentuale Erhöhung der Tarife bereits festgelegt ist. Danach soll eine Erhöhung der Einzelpreise um etwa 30 %, eine Erhöhung der Monats- etc. Karten um etwa 100 % eintreten. Diese allgemeinen Angaben dürften jedoch noch gewisse Streichen einige Abänderungen erfahren, im Großen und Ganzen wird sich die Tariferhöhung im Rahmen der oben angegebenen Sätze halten.

Das Stadtverordnetenkollegium. Der Magistrat Berlin hat die Stellen für die von den Gemeindebehörden beschlossene neuzuerrichtende Stadtobercrechnungskammer öffentlich ausgeschrieben. Sie soll nunmehr demnächst gebildet werden. Die neue Organisation umfaßt fünfen Mitglieder, darunter ein Mitglied als höheren Verwaltungsbeamten, drei Bauhbeamte, von denen zwei die Stellen 2. Staatsprüfung für das Baufach, der dritte die für das Maschinenbaufach abgelegt haben, zwei für jüdische Kassen- und Rechnungsbeamten bei versichende Rechnungsbeamte und einen in der Industriewirtschaftsfachlichen Verwaltungsbeamten. Von den Bauhbeamten soll einer auf dem Gebiete des Hochbaues und einer auf dem des Tiefbaues praktisch erfahren sein.

Das Eintrittsgeld der Galerien beträgt für die National-Galerie Montag 1 ℳ, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag je 2 ℳ; für das Kronprinzenpalais Montag 5 ℳ, Donnerstag, Freitag und Sonnabend je 2 ℳ; für die Bildnisgalerie Montag 5 ℳ, Dienstag, Freitag und Sonnabend je 2 ℳ; an allen übrigen Tagen ist der Eintritt in die genannten Institute unentgeltlich. Für Beamte der Museumsverwaltung, Hochschullehrer werden Freikarten ausgegeben, für Studierende der deutschen Hochschulen und Kunstlehranstalten Semesterkarten zu 10 und Jahreskarten zu 20 ℳ. Ausländer zahlen die doppelten Preise. Die Semester- und Jahreskarten sind für alle staatlichen Museen sowohl beim Bureau der Generalverwaltung im Kronprinzenpalais als beim Museum wie beim Bureau der National-Galerie erhältlich.

Berliner Varietés. Das Apollotheater der Scala ist außerordentlich reichhaltig. An erster Stelle stehen die Tanzer Wolf und Lee mit ihren Numerang vorzüglichste Kunststücke zeigen, sowie die über Arrogers in ihren akrobatischen Schleuderkünsten. Ernst Bergmann, der bekannte Leiter des Gastspiel des Direktors des Tiergarten-Zatterfalls Karl Reinsch, der die hohe Schule mit großer Geschicklichkeit und Sicherheit reitet, ist jetzt wieder im Programm vertreten. Die Kostüme von Wolter Schnackenberg und Ludwig Mainer waren entsprechen amüsanter und wirkiger als die Tänze.

Milchlieferung. Beim Mittwoch, den 6. ds. Mts. ist wegen des 1. 1. 1. und 2. 1. 1. Berlinen nach Lise D beliefert, d. h. je ½ Liter Frischmilch.

Das Apollotheatrum des **Wintergartens** zeichnet sich durch eine gesichte Auswahl vornehmer Varietebarbietungen aus. Die Schwarz-Weiße Studen Perrn Dorbaus sind verblüffend wirkig, die Tanzkunstgruppe Ruth Sorelli zeigen von Geschicklichkeit sowie Geschmack, und Alfred Jerven bestehe sein Publikum zu unterhalten. Auf Bestellung von Neuem stehen die Gebrüdertanzen der beiden Geigenvirtuosinnen Hegedüs.

Personalnachrichten.

Geheimer Kommerzienrat Dr. Karl Haas, der Mitbegründer und langjährige Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke, ist im Alter von 70 Jahren an einem Gehirnleiden gestorben. Haas hat auch die russische Zellstoffindustrie und die Zellstoffwerke Zellst mitbegründet. Er gehörte dem Aufsichtsrat zahlreicher süddeutscher Aktiengesellschaften an.

Die Auskunftspflicht der Banken.

Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner Sitzung am 5. d. M. mit einer Eingabe des Hansabundes über Beschränkung der Auskunfts- und Meldepflicht der Banken und Wiederherstellung des früheren Zustandes, wo einer Zeugnispflicht der Banken nur im ordentlichen Steuerermittelungsverfahren bestand. Als Begründung führt u. a. die Belastung der Banken, die Beunruhigung des Wirtschaftslebens und die dadurch begünstigte Notenhamsterei und Kapitalflucht ins Ausland angeführt.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, Ministerialrat Dr. Poeh, legte dar, daß die in einem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 1. Juni 1920 zur Reichsabgabenordnung gegebenen Ausführungsbestimmungen ausdrücklich vorsehen, daß die Auskunftspflicht und andere Ermittlungsbefugnisse der Steuerbehörden nicht in einer das Wirtschaftsleben beunruhigenden Weise ausgenutzt werden dürfen. Auch für die Ausübung des Stundenstiles seien gewisse Erleichterungen vorgesehen. Verzichten könne die Reichsregierung heute um so weniger auf diese Hilfsmittel, um die bestehenden Steuern wirksam einzutreiben, als die praktischen Auswirkungen noch nicht vollständig gereift seien. Die Kundenlisten seien das einzige Mittel, Verwägen zu entdecken, die sich der Steuerpflicht als solche sich entzogen haben, und es sei leider, daß bis jetzt allerdings auch schon erreicht worden sei. In welchem Umfange es überhaupt zu erreichen sei, lasse sich erst nach einer längeren Periode der Erfahrung beurteilen. In der Tschecho-Slowakei sei es jedenfalls mit Hilfe einer auch weitergehenden Steuergesetzgebung gelungen, die Valuta auf einem verhältnismäßig guten Stande zu halten.

In der Erörterung wurde von einem Arbeitnehmer des Bankgewerbes betont, daß die den Banken durch die Melde- und Auskunftspflicht auferlegbrtete Arbeitslast nicht zu groß und von dem Beamtenapparat laufend leicht zu leisten sei. Von einem Vertreter der Sparkassen wurde dieser Ausführung jedoch widersprochen.

Von Arbeitgeberseite wurde die Eröffnung abgegeben, daß die Auskunftspflicht sicherlich zur Kapitalflucht Anlaß gegeben, von ihrer Beschränkung zurzeit aber nichts gutes, sondern eine eine Beunruhigung unserer Elemente zu erwarten sei.

Die Arbeitnehmer betonten, daß es Zweck der Gesetzgebung sein müsse, die Steuern so pünktlich zu machen, daß nicht in weiten Volkskreisen die Ueberzeugung entstehe, daß nur die „Dummen bezahlen", während die Schlauen durchschlüpfen. Eine Milderung der Steuerermittlungsverfahren sei also dann undenkbar. Diese physchologische Seite wurde auch von Vertretern der Verbraucher und freien Berufe unterstrichen und von einigen von der Reichsregierung ernannten Mitgliedern eine Verschärfung und Erweiterung der bestehenden Gesetze gefordert.

Ein Antrag über die Eingabe zur Tagesordnung übergegehen, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Ein weiterer Antrag Carstens-Hansen über die Hebung des Baumarktes durch Schaffung von als Geld verwendbaren Baugeldscheinen, die Baumwollgarne und ähnlichen Rohstoffen zu geben wären, wurde zurückgezogen, nachdem von dem Vorsitzenden Georg Bernhard auf die Gefahrenzone Wirkung solchen Vorgehens hingewiesen worden war.

Nur 12 Mark

monatlich bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus

kostet die DAZ

mit ihren 10 Beilagen!

*

Wer sie nur gelegentlich liest, bestelle sofort ein festes Abonnement!

Oder abtrennen und an den Verlag der D. A. Berlin C2, 48, Wilhelmstr. 32-34, einsenden. Für tel. Bestell.: Moskrab. 9960.

Senden Sie mir die DAZ

Mit allen Beilagen monatlich 12 M. frei Haus

Name: _____

Stand: _____

Wohnort: _____

Straße u. Nr.: _____

Ob im Hause: _____

Sport.

Grunewald.

Donnerstag, den 7. April, 3 Uhr nachm.

Nachdem am Ostermontag der Verein für Hindernisrennen die Berliner Galopprennbahn in Hoppegarten eingeweiht hat, und der Sieger des Straussberger Renn-Bereins mit zwei Tagen aufgewartet hat, öffnet am Donnerstag die Grunewaldbahn ihre Pforten. Zunächst kommt es zum hier der Hindernissport zu Worte; der Jagd- und drei Hürdenrennen stehen auf dem Programm und dürften sämtlich gute Felder an den Start bringen.

Im Eröffnungsjagdrennen, einem von Lehrlingen zu reitenden Verkaufsrennen, findet man Biedermann II, den Elsterpreisinger mit 70000 ℳ eingesetzt, dann an Roland, Signorelli und Minorca drei weitere bisjährige Sieger. Von den übrigen Pferden sticht besonders Mordonius vor. Das Ende dürfte zwischen den genannten Pferden liegen, von denen wir Mordonius vor Roland und Minorca in Frage stellen.

Im Herrenjagd-Jagdrennen haben 10 Pferde die ihnen auditierten Gewichte angenommen. Der Ausgleich scheint geringen Bemerkungen ist u. a. die Belastung von Bella, die Beurteilung des Wirtschaftslebens und die dadurch begünstigte Notenhamsterei und Kapitalflucht ins Ausland angeführt.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, Ministerialrat Dr. Poeh, legte dar, daß die in einem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 1. Juni 1920 zur Reichsabgabenordnung gegebenen Ausführungsbestimmungen ausdrücklich vorsehen, daß die Auskunftspflicht und andere Ermittlungsbefugnisse der Steuerbehörden nicht in einer das Wirtschaftsleben beunruhigenden Weise ausgenutzt werden dürfen. Auch für die Ausübung des Stundenstiles seien gewisse Erleichterungen vorgesehen. Verzichten könne die Reichsregierung heute um so weniger auf diese Hilfsmittel, um die bestehenden Steuern wirksam einzutreiben, als die praktischen Auswirkungen noch nicht vollständig gereift seien. Die Kundenlisten seien das einzige Mittel, Verwägen zu entdecken, die sich der Steuerpflicht als solche sich entzogen haben, und es sei leider, daß bis jetzt allerdings auch schon erreicht worden sei. In welchem Umfange es überhaupt zu erreichen sei, lasse sich erst nach einer längeren Periode der Erfahrung beurteilen. In der Tschecho-Slowakei sei es jedenfalls mit Hilfe einer auch weitergehenden Steuergesetzgebung gelungen, die Valuta auf einem verhältnismäßig guten Stande zu halten.

In der Erörterung wurde von einem Arbeitnehmer des Bankgewerbes betont, daß die den Banken durch die Melde- und Auskunftspflicht auferlegbrtete Arbeitslast nicht zu groß und von dem Beamtenapparat laufend leicht zu leisten sei. Von einem Vertreter der Sparkassen wurde dieser Ausführung jedoch widersprochen.

Von Arbeitgeberseite wurde die Eröffnung abgegeben, daß die Auskunftspflicht sicherlich zur Kapitalflucht Anlaß gegeben, von ihrer Beschränkung zurzeit aber nichts gutes, sondern eine eine Beunruhigung unserer Elemente zu erwarten sei.

Die Arbeitnehmer betonten, daß es Zweck der Gesetzgebung sein müsse, die Steuern so pünktlich zu machen, daß nicht in weiten Volkskreisen die Ueberzeugung entstehe, daß nur die „Dummen bezahlen", während die Schlauen durchschlüpfen. Eine Milderung der Steuerermittlungsverfahren sei also dann undenkbar. Diese physchologische Seite wurde auch von Vertretern der Verbraucher und freien Berufe unterstrichen und von einigen von der Reichsregierung ernannten Mitgliedern eine Verschärfung und Erweiterung der bestehenden Gesetze gefordert.

Ein Antrag über die Eingabe zur Tagesordnung übergegehen, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Ein weiterer Antrag Carstens-Hansen über die Hebung des Baumarktes durch Schaffung von als Geld verwendbaren Baugeldscheinen, die Baumwollgarne und ähnlichen Rohstoffen zu geben wären, wurde zurückgezogen, nachdem von dem Vorsitzenden Georg Bernhard auf die Gefahrenzone Wirkung solchen Vorgehens hingewiesen worden war.

Barometer- und Thermometerstand

bei Petitpierre, Friedrichstr. 68.

Am 5. abends	8 Uhr	760,0 mm	+ 9,0 Grad C
Am 6. morgens	8 Uhr	761,0 mm	+ 7,5 Grad C
Am 6. mittags	1½ Uhr	760,5 mm	+ 9,0 Grad C

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend.

Ziemlich kühl, überwiegend bewölkt und etwas neblig bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Mittwoch, den 6. April 1921.

Deutschlands Aussenhandel in September 1920.

Das Märzheft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" (Verlag Reimar Hobbing, Berlin) bringt nun auch die deutsche Außenhandelsstatistik für den Monat September 1920. Die Außenhandelszahlen bis August v. J. sind im Vorjahr bereits veröffentlicht. Danach betrug die gesamte deutsche Ausfuhr im September 1920 18,4 Millionen dz im Werte von 6452 Millionen Mark.

Die Einfuhr, über deren Wert zuverlässige Angaben noch nicht zur Verfügung stehen, betrug im September 1920 16,8 Millionen dz. Nach der geringen Abnahme im August (um 166 Millionen Mark) zeigt im September 1920 der Wert der Deutschen Ausfuhr wieder eine Erhöhung und zwar um 419 Millionen Mark oder 6,5 v. H.

Die Erhöhung wird zum Teil, infolge der damals noch fortschreitenden Geldentwertung, nur scheinbar sein; andrerseits mag auch der immer weiter sinkende Kurs der deutschen Mark exportfördernd gewirkt haben, während er hemmend die Einfuhr beeinflußte, die nach der festgestellten Menge) im September aber etwas hinter der des vorangegangenen Monats zurückblieb. Die Ein- und Ausfuhrzahlen beruhen auf den Anmeldungen bei den statistischen Anmeldestellen (Zollstellen); die unrichtmäßig eingeführten Waren sind demnach in ihnen nicht enthalten und können auch schätzungsweise nicht angegeben werden. In den Ausfuhrzahlen sind ausserdem die Lieferungen an die Entente nicht enthalten, soweit diese nach den Angaben auf den Ausfuhrpapieren ausgeschieden werden konnten. Nachträgliche Feststellungen solcher Lieferungen werden jeweils von den bisher veröffentlichten Summen abgesetzt.

Die Ausfuhr von unedlen Metallen und Waren daraus mit 1791,8 Millionen Mark nimmt auch im September die erste Stelle in der deutschen Gesamtausfuhr ein. Mit 1066,3 Millionen Mark gegenüber 947,8 im August folgen dem Werte nach Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge. Ueber die Hälfte dieses Betrages entfällt auf die Ausfuhr von Maschinen, die mit einer stärkeren Steigerung zusammen dem Anzuf die Abnahme in diesem Monat mehr als auszugleichen. Verhältnismäßig die größte Zunahme (55 v. H.) hat der Versand von Fahrzeugen aufzuweisen, der jedoch noch immer erheblich hinter der Rekordziffer des Juli zurückbleibt. Der Wert der Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen konnte auch im September weiter gesteigert werden, die Mengenangabe weist allerdings eine Abnahme auf.

Der Export von Textilien ist im September zurückgegangen, steht aber mit 812,6 Millionen Mark noch immer höher als in irgendeinem der Monate des ersten Halbjahres 1920. Der größte Teil dieser Waren entfällt auf Baumwoll- und Seidenwaren, deren Wert gegenüber dem Vormonat eine Zunahme zu verzeichnen hat, ohne jedoch den Stand vom Juli wieder erreichen zu können. Der Export erhielte seine erster Linie nach Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Von Seidenwaren bilden den Hauptposten Gewebe aus Naturseide und Pflanzenseide, die besonders Großbritannien, die Schweiz und Südostasien als Abnehmer in Betracht kommen. Die Ausfuhr von Leder ist infolge der Wiederaufnahme des Kammgarn-Exports im Vergleich zum August sehr zurückgegangen.

Die Ausfuhr von Farben und Farbwaren nach der Techecho-Slowakei, Italien und Südostasien ist stark gestiegen. Der Ausfuhrwert von chemischen Grundstoffen, Säuren und Salzen hat im September einen Rückgang zu verzeichnen.

Die bis jetzt aufgeführten vier Hauptwarengruppen bildeten im September mit 4,42 Milliarden Mark 69 v. H. der deutschen Ausfuhr gegenüber 66 v. H. im August. Für die Zeit von Januar bis September 1920 machen sie mit 34,01 Milliarden Mark 66 v. H. der Gesamtausfuhr aus, die noch nicht behandelten 31 v. H. des Sonnenberexports bestanden vor allem aus 0,42 Milliarden Mark mineralischen und fossilen Rohstoffen und Mineralölen (zum grossen Teil Steinkohlen und Anthrazit nach Polen und den Ländern der ehemaligen Oesterreich-Ungarischen Monarchie) mit 0,30 Milliarden aus Papier und Papierwaren, die vor allem nach den Niederlanden gingen; mit 0,29 Milliarden aus Erzeugnissen der „Land- und Forstwirtschaft (zum grossen Teil Nadelholz) und mit 0,28 Milliarden aus Tonwarkzeugen, Kinderspielzeug, Uhren und Feuerwaffen.

Während der Wert der Gesamtausfuhr im September gegenüber der geringen Abnahme im Vormonat wieder etwas gesteigert und die mit für die Zeit von September 1920 (einschliesslich Gold und Silber) auf 4,5 Milliarden Mark angewachsen ist, hat die Menge der Ausfuhr einen geringen Rückgang aufzuweisen. Bei der Einfuhr — über deren Wert, wie bereits eingangs ausgeführt, zuverlässige Angaben noch nicht gemacht werden können — ist im Gegensatz hiezu eine Zunahme der Gesamtmenge festzustellen, wo mit sie sich für die ersten 9 Monate des Jahres 1920 auf 153,2 Millionen Doppelzentner beläuft.

Der wichtigste Teil der Einfuhr entfällt auf Nahrungsmittel und auf Rohstoffe für die Industrie. Der Import von Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft und von Nahrungs- und Genussmitteln hat im September gegenüber 15,3 Millionen Doppelzentner einen kleinen Rückgang gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen. Ebenso fiel die Einfuhr an Erzeugnissen der landwirtschaftlichen Nebengewerbe, von denen besonders Reis, Mehl, Zucker und geistige Getränke — unter diesen die nur noch 15 459 11 Flaschen betragende Schaumweineinfuhr und der wieder etwas gesteigerte Weinimport (aus Spanien und Elsass-Lothringen) — zu erwähnen sind. Forstwirtschaftliche Erzeugnisse, hauptsächlich Bau- und Nutzholz aus der Tschecho-Slowakei, sowie Tiere und tierische Erzeugnisse wurden in erhöhtem Masse eingeführt.

Die Einfuhr von mineralischen und fossilen Rohstoffen sowie Mineralölen überstieg mit 10,8 Millionen Doppelzentner im September der Menge nach sämtliche vorangehenden Monate des Jahres 1920. Gegenüber dem August ist als eine der Folgen des Spa-Abkommens besonders der Import von Kohle auf die in seinem dem Vormonate erreichte Höhe von 317 000 Tonnen gesteigert. Auch Erze und Schlacken, Mineralöle, sonstige fossile Rohstoffe, Steinkohlenteer usw. haben eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen; nur bei den Steinen und Erden hat ein Rückgang stattgefunden.

An unedlen Metallen und Waren daraus wurden im September 270 181 dz eingeführt, nur wenig mehr als die Hälfte der Julieinfuhr. Im Vergleich zum August ist im wesentlichen wegen der stark zurückgehenden Importe von Eisen und Eisenlegierungen — der der Menge nach 86 v. H. der Einfuhr dieser Gruppe bildet — eine Abnahme von 37 011 dz zu verzeichnen. Kupfer wurde infolge des Nachlassens der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und Zinn infolge des Minderbezuges aus Grossbritannien in geringerer Menge eingeführt, ebenso für die elektrotechnische Industrie bestimmter Draht nus den Ländern des ehemaligen Feindbundes. Im Gegensatz hierzu hat sich die importierte Menge der übrigen unedlen Metalle, besonders Aluminium und reines Legierungen, Zink und Zinkabfälle aus Oesterreich, Nickel aus Grossbritannien Blei, etwas vermehrt.

Bedeutend zugenommen hat der Bezug von Textilien, der von 55 743 dz im Juli auf 71 497 dz im September anstieg, nachdem er im August mit 47 544 dz den Tiefstand der ersten 9 Monate des Jahres 1920 erreicht hatte. Nach Wolle und anderen Tierhaaren entfällt der Zuwachs der Zunahme auf Baumwolle, die den bedeutendsten Anteil an der Einfuhr dieser Warengruppe stellt.

Amerika und die englische Kohlenkrisis. Der Streik der englischen Kohlenbergleute ist geeignet, die schwierige Stellung Englands auf dem internationalen Kohlenmarkt weiterhin zu verschlechtern. Nach amtlichen Statistik wurden an Kohlen ausgeführt (in Tonnen):

	1913	1919	1920
von den Vereinigten Staaten nach Europa . . .	476 713	4 060 598	13 379 203
von Grossbritannien nach Europa . . .	58 780 039	27 767 840	19 615 479
von den Vereinigten Staaten nach Südamerika*)	414 368	1 487 166	2 818 068
von Grossbritannien nach Südamerika*)	6 892 905	1 020 401	556 414
von den Vereinigten Staaten nach Europa . . .	20 708 582	22 401 905	32 259 417
von Grossbritannien nach sämtl. Ländern	73 460 118	35 249 568	24 981 853

*) Nur 10 Monate.

In der Versorgung Südamerikas sind die Vereinigten Staaten bereits an die Stelle England getreten. In der Versorgung der ganzen Welt mit Kohlen stehen die Vereinigten Staaten an allererster Stelle, während 1919 infolge des Ausfalls Deutschlands der Vereinigten Staaten um die Hälfte überlegen war. Durch den Produktionsausfall, den der Streik mit sich bringt, in Verbindung mit dem kürzlich erlassenen Ausfuhrverbot, wird es Amerika ein leichtes sein, auch noch den Rest des Weltmarktes an sich zu reissen. Ist doch der Versuch der englischen Unternehmer, die Löhne herabzusetzen, nur die Folge der unerhörlichen amerikanischen Konkurrenz, die mit niedrigeren Preisen auf dem Kohlenmarkt auftritt.

Amerikanische Kohlenverschiffungen. Die Fleburaverschiffung von Anthrazitkohle erreichten eine Höhe von 5 966 000 To., das ist die höchste bisher erreichte Ziffer.

Amerikas Kaliverzeugung. „The United States Potash Producer's Association" hat nach „The Chemical Age" einen vorläufigen Bericht über die Kaliverzeugung in den Vereinigten Staaten während des Jahres 1920 herausgegeben. Diese betrug danach 175 641 To. Rohkali in Form verschiedener Salze. Der reine Kalinhalt dagegen 40 684 To. Diese Zahlen bedeuten eine Zunahme von 60 % gegenüber dem Jahre 1919 und erreichten fast die Rekordausbeute des Jahres 1918.

Brasiliens Stellungnahme zur 50prozentigen Exportabgabe. Wie wir von massgebender Seite erfahren, ist eine Entschließung darüber, wie sich Brasilien zu der Erhebung einer 50prozentigen Abgabe von dem Verkaufspreis der eingeführten deutschen Waren stellen wird, nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten noch nicht gefallen. Es ist fraglich, ob sich die Zeitungsnachrichten, dass Brasilien ebenso wie England und Frankreich an diesem Mittel greifen werde, sich bewahrheiten wird. Man fürchtet in Brasilien ausschließlich eine allgemeine Rückwirkung auf die Kaffeeeinfuhr.

Aus der tschechoslowakischen chemischen Industrie. Wie wir hören, plant die Union-A.-G. für chemische Industrie eine Kapitalerhöhung von 5 auf 10 Mill. Kronen.

Aus der polnischen Industrie. Die Gründung der polnischen „Chemischen Werke" zur Bewirtschaftung „Nitrat" zusammen mit den Aktiengesellschaften „Pocisk" und der „Tomaszower Kunstseidenfabrik" soll der Fabrikation von Sprengstoffen gewidmet werden. In diesen Tagen sind die Statuten der „Nitrat-Gesellschaft" bekanntgegeben worden. Das Aktienkapital soll 300 Millionen Mark in Aktien zu 500 Mark, Nominalwert betragen. Davon sollen 60 000 auf den Namen lautende und privilegierte Aktien sein, der Rest Inhaberaktien. Jede Serie von 80 gewöhnlichen Aktien bzw. 10 privilegierte Aktien erteilt das Stimmrecht auf den Generalversammlungen.

Anglo-Continentale (vormals Ohlendorff'sche Guano-Werke.

Ordentliche Generalversammlung

der Aktionäre

am Sonnabend, den 30. April 1921, mittags 12 Uhr, im Geschäftshause der Norddeutschen Bank in Hamburg, Adolphsbrücke 10 II.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Jahresberichts und der Bilanz sowie Erstattung über Erteilung der Entlastung.
2. Abänderung des § 4 der Statuten; die Bekanntmachungen der Gesellschaft gelten als gehörig erfolgt, wenn sie im „Deutschen Reichsanzeiger" veröffentlicht werden.
3. Wahl von zwei Mitgliedern des Verwaltungsrates.

Einlaßkarten und Stimmkarten können von den Aktionären gegen Vorzeigung und Hinterlegung der Aktien bis zum 25. April 1921, 1 Uhr nachmittags, bei einer der nachfolgenden Stellen in Empfang genommen werden:

in Hamburg: bei den Herren Theo. Barteld, von Bydow, Neue Rabenstraße 18, der Norddeutschen Bank;

in Berlin: bei dem Bankhause S. Bleichröder und bei der Direction der Disconto-Gesellschaft sowie bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins;

bei letzterer nur für die Mitglieder ihrer Direktorenpapiere;

in Frankfurt a. M.: bei der Filiale der Bank für Handel und Industrie, der Direction der Disconto-Gesellschaft.

Hamburg, 31. März 1921.

Der Verwaltungsrat.

Schreibmaschinen

5091 neue und gebrauchte sofort lieferbar.
Skont. Anbahlg. — Reparaturen aller Systeme
Katnke, Am Karlsbad 19 (Lützow 9757).

Schreibmaschinen Kricke

Laden
Friedrichstr. 191 — Leipziger Str. 40 B.
liefert
sämtliche Büromaschinen.

VOBACHS
Damen-Moden-Album
vermittelt mit einer Fülle von entzückenden, praktischen und billig herstellbaren Modellen sowie vier ganzseitigen, bunten Modebildern u. einem Doppelbogen Abplättmuster für Handfickerei auf Kleid u. Bluse den Lieblingsschmuck der neuesten
Mode für Frühjahr und Sommer
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen entgegen
Preis 7 Mark

Möbel
Spezial-Lager
für bürgerliche Einrichtungen
Spelse-, Herren- und Schlafzimmer sowie Küchen
in nur solider, bester Ausführung zu wirklich billigen Preisen.
Gelegenheitskäufe einzelner Zimmer stets vorhanden.
Georg Fritzsch
Berlin O. 27, Grüner Weg 28.

Dr. Lokes Vorbereitungsanstalt
Hohenschönhausen
Berlin-Steglitz, Fichtestr. 24. Alle Klassen (real u. gymn.) Einjährige (Gertanbs-Prüfg.) Abiturienten. Engs. 1888. 2 Villen inmitten gr. Gärten.

THEODOR K

Deutsche Volkswirtschaft.

Der Hafenverkehr in Bremen. Der Verkehr in den stadtbremischen Häfen hat sich in der letzten Zeit weiter stark gehoben, so dass von einem sehr erheblichen Verkehr gesprochen werden kann. Einmal ist dieser Aufschwung auf die zum 1. April erhöhten Eisenbahntarife zurückzuführen, und trifft auch auf das englische Separationsgesetz, wonach vom 15. April an in England bis zu 50 % vom Werte der deutschen Waren erhoben wird. Aus diesen Gründen ist in den letzten Tagen viel nach Bremen hergeworfen worden, um noch vor diesem Termin den Verladungshafen bezw. den Bestimmungshafen zu erreichen. Selbst mit Lastauto wurde Ware nach Sachen herangeschafft worden. Auch der von Sachsenkamsel aus Österreicher ist ganz erheblich gewesen. So kamen zahlreiche Ladungen Kartoffeln von England in hiesigen Häfen an, die jedoch nicht für den deutschen Verbrauch, sondern für Österreich bestimmt sind, dessen Versorgung mit Kartoffeln England übernommen hat. Anfangs war beabsichtigt worden, diese Kartoffeltransporte über Rotterdam gehen zu lassen; aber es hat sich dann doch erwiesen, dass der Weg über Bremen sich für Österreich wesentlich günstiger und billiger gestaltet unter Berücksichtigung der bestehenden Goldenkurses und der hohen Rheinfrachten. Anfangs hiess es, dass es sich um Transporte von insgesamt 6000 To. Kartoffeln handele, wieder doch wird wahrscheinlich eine Gesamtmenge von 10 000 To. in Betracht kommen. Von sonstigen regen Ausfuhren sind zu erwähnen: Korkholz aus Spanien, Tabak aus den verschiedenen Verladehäfen, Baumwollsaat und Fasstaube aus Nordamerika. An Baumwolle sind augenblicklich 60 000 Ballen schwimmend, während es sonst durchschnittlich 100 000 Ballen waren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in früheren Zeiten die sogenannte Baumwollsaison an diesen Zeit so ziemlich zu Ende war. Das amerikanische Baumwollgeschäft hat infolem eine Verlängerung erfahren, als jetzt im ganzen Jahr Baumwolle verschifft wird. Für den bremischen Hafenbetrieb und die bremischen Hafenanlagen ist ein Verkehr, der sich über das ganze Jahr hinzieht, viel erwünschter, als wenn sich dieser Verkehr auf einen Zeitraum von wenigen Monaten beschränkt. Ferner sind noch die Zufuhren an Wolle, die einstweilen noch über England kommen, und die Zufuhren erwähnenswert.

Rückgang der oberschlesischen Kohlenproduktion im März. Infolge der politischen Wirren ist die oberschlesische Kohlenproduktion im Monat März hinter der der vorhergehenden Monate zurückgeblieben. Sie blieb sich laut Fachblatt „Industrie Kurier" (Berlin-Wilmersdorf) an 25 Arbeitstagen auf 2 596 072 To., gegenüber der des Februar mit 23 Arbeitstagen von 2 811 904 To. Die durchschnittliche Tagesleistung auf 107 843 To. zurück (Febr. 122 237 To.), mit der Hauptdaten wurden 2 700 047 To. erzeugt, wovon im Inland 698 975 To. blieben. Der Auslandversand nach Polen und nach Deutschösterreich hat beträchtlich zugenommen. Nach Polen gingen 305 935 To. (Febr. 294 804 To.), nach Deutsch-Österreich 92 215 To. (170 865 To.). Dagegen waren der Inlandsabsatz mit 55 270 To. (Febr. 157 247 To.) ausgeführt. Es gingen ferner nach Baltic 190 199 To., Ungarn 26 005 To., Danzig 7772 To. und ins Memelgebiet 2262 To. Die Wagengestellung war vollkommen regelmässig, so dass alle 190 907 angefordierten Wagen Eisenbahnverladung gestellt wurden.

Aktiengesellschaften.

Bergwerks A.G. Consolidation in Gelsenkirchen. Die Gesellschaft vereinnahmte im Geschäftsjahr 1920 auf Betriebskonten 4 344 885 660 Mark (V. 11 089 282 Mark), nach Absetzung der Unkosten, Abschreibungen, Rücklage für Bergschäden mit 5 Mill. usw. ergibt sich ein Rohgewinn von 1 370 762 Mark (3 009 972 Mark), woraus, wie schon gemeldet, 25% (12%) Dividende verteilt werden sollen. Die Geschäftsbericht wird mitgeteilt, dass an Löhnen im Jahre 1920 rund 137 000 000 Mark gegenüber rund 43 000 000 Mark in 1919, nämlich in 1920 als Monat von rund 94 000 000 Mark gezahlt wurden. Hierin sowie in dem gesamten Zahlenbild der vorliegenden Abrechnung spiegelt sich deutlich die verhängnisvolle, unsichere Geldentwertung wieder, wie sie gerade im abgelaufenen Jahre besonders eingetreten ist und der in erster Linie durch Zahlung höherer Löhne und Gehälter Rechnung getragen werden müsste. Die Lohnsumme stieg gegenüber dem Vorjahre auf mehr als das Dreifache, während die Ausschüttung von Gewinnanteilen an die Aktionäre nur den Fünfdesstand wieder erreicht hat. Nachträgliche Verrechnungen aus dem Vorjahre und die im ersten Halbjahr 1920 noch hinreichenden Gewinnzieln gaben die Möglichkeit, für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung der gegen das Vorjahr erhöhten Dividende in Vorschlag zu bringen. An öffentlichen Lasten mussten Mk. 18 154 219 gegen Mk. 4 163 772 im Vorjahre aufgebracht werden. Hieraus ergibt sich eine Belastung je Tonne geförderter Kohle von Mk. 10,98 gegen Mk. 3,13 im Jahre 1919. Infolge der weiteren Verteuerung der Lebenshaltung sind auch die Löhne der Arbeiter im abgelaufenen Jahre weiter erheblich gestiegen. Es betrug der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft, einschliesslich aller jugendlichen und invaliden Arbeiter, jedoch ausschliesslich der Beamten, im Dezember 1920 Mk. 49,48 je Schicht gegenüber Mk. 29,99 im Dezember 1919; er war somit gegen das Vorjahr Mk. 29,99 = 106,74 % höher. Gegenüber dem Mk. 5,68 betragenden Durchschnittslohn des letzten Friedensmonats (Juli 1914) ist der Lohn um Mk. 43,80 = 771,13 % gestiegen. Für die Hauptgruppe der Arbeiter (Kohlenhauer) stellte sich der Durchschnittslohn im Dezember 1920 auf Mk. 50,79 und im Dezember 1919 auf Mk. 28,74 je Schicht, stieg also in Jahresfrist um Mk. 29,35 = 102,12 Prozent. Die Steigerung des Kohlenhauerlohnes beträgt gegenüber dem letzten Friedensmonat Mk. 01,58 = 792,72 %.

Die Erzeugung betrug an:

	Kohlen	Koks	Preßkohlen	Teer	Rohpeck	Erzeugnissen
1920	1 653 028 t	387 763 t	5 322 t	13 698 t	2 941 t	
1919	1 328 194 t	330 641 t	4 652 t	12 184 t	2 225 t	

Auf der neuerworbenen Ringofenzegelei wurden erzeugt im Jahre 1920 2 494 000 Steine hergestellt.

In der Bilanz erscheinen Vorräte mit 45 146 270 Mk. (902 745 Mk.), Effekten und Beteiligungen mit 9 325 947 Mk. (7 996 196 Mk.), Schuldnern in Höhe von 67 586 204 Mk. (18 061 075 Mk.) stehen 68 646 889 Mk. (19 079 008 Mark) Gläubiger gegenüber.

Braunkohlenwerke Leonhard A.-G. in Zipsendorf bei Zeitz. Der Kampf der früheren Bruder Petschek wurde auch in der heutigen ausserordentlichen Generalversammlung, die über den Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Grundkapitals um 16 auf 24 Mill. M. Beschluss zu fassen hatte, fortgeführt. Zur Begründung des Kapitalbedarfs gab die Direktion eine ausführliche Darstellung, aus der folgendes hervorzuheben ist: Die durch die neuen Mittel zu schaffenden Anlagen verfolgen den Zweck, einmal die Kohlenproduktion zu sichern und dann in der Hauptsache auch sie zu erhöhen. Zur Sicherung der Produktion auf der Grube Pauline ist es notwendig, die Dampfkesselanlage zu erneuern, vier alte Telleröfen durch neue zu ersetzen, die fünf Brikettpressen zu ersetzen und die Kühlanlage auszugestalten. Des weiteren ist beabsichtigt, auf dieser Grube die Brikettfabrik, die bisher jährlich 146 000 To. betrug, auf 200 000 To. zu bringen. Auf der Grube Vereinsglück II soll die Produktion 35 mal der Leistungsfähigkeit, d. h. bis auf 120 000 To. gebracht werden, während sie jetzt nur 85 000 To. im Jahre betragen hat. Auf Anfrage wurde noch mitgeteilt, dass die neuen Aktien, die für das Geschäftsjahr 1920/21 die halbe Dividende auf die alten Aktien entfallenden Dividende erhalten, von einem unter Führung der Mitteldeutschen Creditbank stehenden Konsorium zum Kurse von 115 % mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Besitzern aller Aktien zu demselben Kurse in der Weise zum Bezuge anzubieten, dass auf eine alte zwei neue entfallen. Der Vertreter des oppositionellen Oberfinanzrat Petschek stellte den Antrag, die Generalversammlung auf drei Wochen zu vertagen und den Vorstand zu beauftragen, den Aktionären eine sterbliche Darlegung über die Gründe der Kapitalserhöhung zugänglich zu machen. Er berührtete seinen Antrag damit, dass weder in Geschäftsbericht, noch in der letzten ordentlichen Generalversammlung irgendwelche Andeutungen über eine so hohe Kapitalbedarf gemacht worden seien. Es müsste daher den Aktionären Gelegenheit gegeben werden, sich über die Gründe dieser Kapitalserhöhung nachgehen zu können. Diesem Antrag wurde jedenfalls widersprochen, sowohl von der Verwaltung als auch von Herrn Ignatz Petschek. Durch eine etwaige Vertagung würden die Interessen der Gesellschaft nicht gefördert werden und auch praktisch für die Aktionäre nichts herauskommen. Es könnte sich jetzt nur darum handeln, ob der jetzt geforderte Betrag auch wirklich nach den gegenwärtigen Kostenverhältnissen gebraucht werde. Herr Petschek liess sich nunmehr durch die Direktion bestätigen, dass für eine Dampfkesselanlage heute 5½ Mill. M. gebraucht werden, für die in Aussicht genommene Erneuerung der Brikettfabrik, Ausbauung der Telleröfen und Kühlanlagen 3 Mill. M. und für die Bagger und Lokomotiven 5 Mill. M. (Bei Schluss der Redaktion dauerte die Versammlung noch an.)

Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube A.-G. Das Aktienkapital ist im Hinblick auf den mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk abgeschlossene Interessengemeinschaft wurden 2 Direktoren dieser Firma in den Aufsichtsrat gewählt, ferner wurde ein neugewählter Handlungsbevollmächtigter Gelschmidt und Rittergutsbesitzer Winzel, Halle.

Zeipauer Dachstein- und Braunkohlenwerke A.-G. in Berlin. Die Gesellschaft erzielte einen Rohgewinn von 378 188 M. (192 334). Die Handlungsunkosten betragen 623 466 M. (291 970). In der Bilanz erscheinen das Aktienkapital mit 2,5 Mill. M. (1,475), die Reserven mit 76 380 M. (0), die Kreditoren mit 831 006 M. (249 715) und die Debitoren mit 1 Mill. M. (784 314). Fabrikate standen mit 594 065 M. (0 976 741) zu Buch.

Odenwälder Hartstein-Industrie A. G. in Darmstadt. Der Betriebsgewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres betrug 1 309 503 M. (305 541, davon 37 920 M. (8 500) Zinsenmanken treten. Nach Abzug von 739 061 M. (225 034) Unkosten und 141 509 M. (105 106) Abschreibungen bleiben in Ueberschuss von 474 527 M. (222 745), aus dem wie gemeldet eine Dividende von 12% (wie V.) und 3% Bonus von 8% (0) verteilt und 24 963 M. (10 454) neu vorgetragen werden sollen. In der Bilanz erscheinen u. a. Wertpapiere mit 515 507 M. (510 552), Aussenstände mit 1 604 114 M. (785 566), Vorräte mit 575 000 M. (3 415) und Kreditoren mit 1 090 018 M. Ueber die Lage in der Hartstein-Industrie schreibt der Bericht, dass sich die Gesamtlage nach den bestandenen Geschäftsjahr kaum das Notwendigste an Strassenbaumaterial ausgeführt. Infolgedessen liess der Absatz in Kleinschlag für Wegebau und Gleisbettung zu wünschen übrig; ebenso war der Absatz an Pflastersteinen ein ausserordentlich geringer. Die Produktion an Wasserbausteinen voll untergebracht werden. Der Absatz an Kalksteinen stockte infolge mangels hinreichender Zeit stillstehen werden. Die Ausschiffung erfolgte eine weitere Steigerung erfahren. Die inländerseite konnten kaum damit in Einklang gebracht werden, dagegen war es möglich infolge des Valutastandes in Ausland bessere Preise zu erzielen. Wir hatten wiederum unter starkem Wagenmangel zu leiden, dessen Behebung wir bei zugeordneten Verkehrsoperen ausserordentlich bemuhen mit den Absatz gewirkt. Die Zufuhren an guten Kohlen unterblieben fast ganz, so dass wir uns als ganz Jahr über mit minderwertigen Brennmaterialien, die aber nur zu teuren Preisen bezogen werden konnten, behelfen mussten. Der Verbrauch betrug 237 062 t gegen 262 870 To. im Jahre 1919. Wir sind zurzeit mit Aufträgen gut versehen und hoffen, wenn sich die Verhältnisse in der gleichen Weise weiterentwickeln, ein befriedigendes Ergebnis im Auszug erzielen zu können. Es ist jetzt, dass wir genugend mit Kohlen versorgt sind und die benötigten Eisenbahnwagen zur Verfügung gestellt werden.

Stolzer A.-G. in Hamburg. Die Gesellschaft ergiebt einen Gewinn von 354 888 M. (268 869), aus dem eine Dividende von 20% (15 plus 10 % Bonus) verteilt wird. Die Handlungsunkosten betrugen 660 836 M. (272 280). In der Bilanz erscheinen die Aktienkapital mit 1 Mill. Mark (800 000), die Reserven mit 100 000 M. (100 000), die Kreditoren mit 790 028 M. (479 864) und die Debitoren mit 530 420 M. (409 479). Die Warenbestände stehen mit 1,26 Mill. M. (629 822) zu Buch.

Bielefelder A.-G. für mechanische Weberei in Bielefeld. Der Gewinn aus 1920 beträgt 11 Mill. M. (621 911), aus dem eine Dividende von 25 % (16%) verteilt wird. Die Handlungsunkosten betrugen, sich auf 749 254 M. (1,7 Mill.). In der Bilanz erscheinen das Aktienkapital mit 2,4 Mill. M. (2,4), die Reserven mit 480 000 M. (180 000), die Kreditoren mit 81 Mill. M. (4,9), die Debitoren mit 21 Mill. M. (4,5). Die Vorräte an Garnen und Geweben stehen mit 3 Mill. M. (1,6) zu Buch.

Contessa-Tietz A.-G. in Stuttgart. Die Gesellschaft veröffentlicht erstmalig ihren Abschluss per 30. September 1920. Die Bordeskosten umfasst das Dreivierteljahr von 1. Januar bis 30. September. Aus dem erzielten Gewinn von 553 989 M. verteilt die Gesellschaft eine Dividende von 7%. In der Bilanz erscheinen das Aktienkapital mit 2 Mill. M. (2 Mill.), die Reserven mit 1,9 Mill. M., Debitoren mit 3,5 Mill. M. Die Warenbestände stehen mit 1,5 Mill. M. zu Buch.

Oldenburgische Glashütte A.-G. in Oldenburg. Die Gesellschaft erzielte einen Reinüberschuss von 252 678 M. (1 277 870), der auf neue Rechnung vorgetragen wird. (10 % Dividende) Die Gesellschaft schlossen bilanziert mit 2,2 Mill. M. (1 608 200). In der Bilanz erscheinen das Aktienkapital mit 2 Mill. M. (2 Mill.), die Reserven mit 276 975 M. (257 174), die Kreditoren mit 476 701 M. (176 [illegible]) und die Debitoren mit 41 [illegible] M. (5,8), die Glasvorräte stehen mit 3 [illegible] M. (1 [illegible]) zu Buch.

Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabriken A.-G. in Berlin. In der heutigen Generalversammlung wurde die sofort zahlbare Dividende auf wieder 15 % festgesetzt. Für 1921 erwartet die Verwaltung wieder ein befriedigendes Ergebnis, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten.

Dividendenvorschläge. Dampfschiffahrtsgesellschaft „Neptun" in Bremen 25% Dividende und 15% Bonus (i. V. 25% Dividende). **Deutsche Porzellanfabrik Carl Tielsch, Fabrik Misburg in Hannover** 24% (10%). **Oldenburgische Spar- und Leih-Bank** wieder 16%.

Berliner Börse vom 6. April.

Nach schwächerem Beginn freundlicher.

Die Drohrede des französischen Ministerpräsidenten Briand, insbesondere der Hinweis, dass er gegenüber Deutschland Sanktionen anwenden gedenke, von dem auch die deutschen Grossindustriellen nicht ausgeschlossen sein würden, und dass zur Zahlung ein Teil der deutschen Bodenreichtümer herangezogen werden müsse, übte einen stärkeren Druck auf die Haltung der Börse aus, so dass bei Beginn Abgabeneigung überwog. Da aber das an den Markt kommende Material verhältnismässig leicht Unterkommen fand und ausserdem der Devisenmarkt auf die französischen Drohungen kaum reagierte, so wurde im späteren Verlaufe die Stimmung entschieden freundlicher.

Stärker angezogen waren bei Eröffnung Montanwerte, wo Harpener 12% Phönix 11%, Lothringer Hütte und Mannesmann-Röhrenwerke je 10%, Buderus und Rheinstahl je 8%, Bochumer Guss 7% niedriger einsetzten; fest waren lediglich Bismarckhütte (+4%) und Rheinische Braunkohle (+9%). Auch Schiffahrtswerte waren mit Ausnahme von Hansa (+5%) schwächer. Farbwerte gaben weiter nach, und zwar verloren Badische Anilinfabrik bis 11%, Elberfelder Farben bis 9%, Berliner Anilin bis 8% und Höchster Farben bis 7%; Goldschmidt (−1%) waren ebenfalls angeboten. Schwach lagen Chemikalienwerte. Dagegen waren Kaufmer der Aktien der Felten & Guilleaume Akt.-Ges. (+4%) sowie eine Reihe von Nebenwerten. Von letzteren bisten Adlerwerke Kleyer, Augsburg-Nürnberg Maschinen 13%, Hirsch Kupfer 15%, Orenstein & Koppel 16% ein. Auch Kali-Papiere weniger angeboten. Valutapapiere waren wenig einheitlich, Kolonialwerte lagen überwiegend schwächer, ebenso Petroleumwerte. Dagegen lag in Schantung die Nachfrage an. Heimische Anleihen waren gut gehalten, fremde Renten teilweise fester. Spätestens konnte sich eine Erholung anbahnen, ausgehend von einer Besserung der Elektropapiere und des Kassamarktes.

Am Einheitsmarkte notierten höher: Felten & Guilleaume 4%, Bismarckhütte 25, Hotelbetriebs Ges. 20, Witten Glas 30, Glas Schalker 40, Lüdenscheid Metall 14¼, Union chem. Fabr. 21, Dürkopp 20.

Niedriger: Reiss & Martin 20, Egestorff Masch. 21, Alfeld Gronauer Papier 20, Thörls Oelfabr. 20, Eisenwerk Meyer 15, Stuhlfabrik Gossentin 29, Mech. Weberei Linden 11, Baroper Walzwerk 16.

Valutamarkt.

Vom Berliner Devisenmarkt. Rumänische Getreidelieferungen nach Deutschland hatten eine Befestigung für rumänische Zahlungsmittel zur Folge. So stiegen im freien Verkehr bei lebhaftem Geschäft rumänische Noten auf 87½—88. Auszahlung Bukarest auf 87½. Auszahlung Agram stellt sich auf etwa 43. Die Britannische Drohrede hatte insofern Wirkung auf den Markt, als sich die Lira im Anschluss an feste Marktkurse des Auslandes nur wenig abschwächten. Auszahlung Amsterdam 2120—2125, Brüssel 551, Christiania 980, Kopenhagen 1082, Stockholm 1440, Italien 258, London 2905, Kabel New York 614½, Paris 331, Schweiz 1063 bis 1054—1052, Prag 22 Budapest 22½, Warschau 7,40. — Dollarnoten bei geringen Geschäften 605—610, ungarische Noten 22½, österreichische 10,30, polnische 7,00, Kriscnoten 13—13½.

Basel, 6. April. (Eigene Drahtmeldung). Die deutsche Devise notierte heute im freien Verkehr 9,40 G und 9,50 B (9,30 G und 9,40 B).

Italienische Marknotierungen von 5. April. (Eigene Drahtmeldung). Rom 39,40; Mailand 39,20.

Zürich, 5. April.

	5. 4.	4. 4.		5. 4.	4. 4.
Berlin	9,37	9,37	Italien	23,00	23,05
Wien	1,35	1,30	Brüssel	43,10	43,10
Prag	6,75	6,75	Kopenhagen	105,00	105,50
Budapest	199,50	199,00	Stockholm	135,00	134,75
New York	5,79	5,76	Christiania	92,75	92,75
London	22,50	22,50	Madrid	90,00	90,00
Paris	40,40	40,15	Buen. Aires	202,00	200,00

Budapest 215,00 (212,50).

Wien, 5. April.

	5. 4.	4. 4.		5. 4.	4. 4.
Berlin	1100,00	1110,00	London	26,50	27,20
Amsterd.	2540,00	2550,00	Paris	47,55	48,00
Kopenh.	1235,00	1245,00	Zürich	1172,50	1180,00

	5. 4.	4. 4.
Prag, 5. April.		
Berlin	139,75	139,75
Markneten	120,75	120,75
Wien	10,56	10,56
Paris, 5. April.		
	5. 4.	4. 4.
London	55,98	55,98
N. York	14,363	14,33
Dtschl.	23,12	23,12
Italien	59,25	59,25
Belgien	104,25	104,25
Holland	263,00	263,00
Spanien	200,00	200,00

	5. 4.	4. 4.
Rumänien	91,00	91,00
Oesterr.	—	—
Schweiz	335,00	335,00
Schweiz	248,25	248,25
Prag	—	—
Slowakei	19,12	19,12

	5. 4.	4. 4.
London, 5. April.		
N. York	39,00	38,87
Paris	55,80	55,95
Brüssel	53,75	53,61
Mailand	94,12	94,37
Madrid	63,17	63,34
Amsterd.	12,11	12,14
Berlin	241,00	242,25
Schweiz	22,58	22,54
Spanien	28,07	28,06

Privatdiskont 6.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse vom 6. April.

Nichtamtl. Preise, 50 kg ab Stat.

	6. 4.	6. 4.		6. 4.	6. 4.
Vikt.-Erbsen	120—125	—	Leinkuchen	135—140	—
do. kleine	110—115	—	Mohn	—	—
Futtererbsen	100—105	—	Senfsaat	—	—
Linsen	—	—	Stoff.-Schnitz.	74—77	—
Viktoriaerbsen	88—92	—	Trockenschnitz.	—	—
Ackerbohnen	95—105	—	do. weisse	100—125	—
Wicken	90—85	—	Trock.-Schnitz.	48—53	—
Malzkf. Kaiwag.	—	—	Torfmelasse	40—45	—
Handbl. Bln.	100	—	Bengas.n.rock.	90—92	—
do. Mün.	—	—	do. Mün.	90—92	—
do. Aufl.	104	—	Kiebsen	90—92	—
Peluschken	100—105	—	Strohmehl	30—32	—
Lupinen, blaue	38—40	—	do. gelbmal.	18—20	—
do. gelb	45—50	—	Rogenmehl	29—29	—
Serradella, neue	43—48	—	Haferstroh	—	—
Raps	200—210	—	Drahtgeflecht	17—18	—
Rübsen	200—210	—	Kartoffelflocken	—	—
Leinsaat	270—290	—	Kokosfett, weiss	—	—
Rapskuchen	21—20	—	do. gelb	—	—

Nach der scharfen Aufwärtsbewegung am Maismarkt während der letzten zwei Tage zeigte sich schon gestern Abschwächung, die heute mit der Tendenz, der heute ein lähmender Rückschlag folgte. Zu den gestrigen Preisen wurde der Kauflust wesentlich zurückhaltender gewonden, während aus der Provinz viel Angebotes sich meldete. In Scheinen bestand auch viel Angebot, das aber ebenfalls zu ansteigenden Preisen nicht leicht Unterkommen fand. Im Verlauf Abschwächung, die Berliner stellten sich die Preise für weiche Scheine auf etwa 1 Mark niedriger, für hartes Korn. In Hafer waren die Preise, die vorner von der Hausse des Maises nicht profitierten, war heute auch keine Haltwirkung der Maisbörse wahrnehmbar, es blieb der Verkehr gleich still wie bisher, viktoriaerbsen in guter Ware, Kleinkauf, Futterwicken etwas gefragt, auch für Futtererbsen zeigt sich Verwendung, Futterbohnen unverändert, Tendenz ruhig.

Berliner Metallbörse vom 6. April.

Preise für 100 kg in Mark.

	6. 4.	5. 4.		6. 4.	5. 4.
Elektrolytkupfer (Verelsnost)	1782	1704	Messingspäne	—	—
Raffinadekupfer (99—99,9)	—	—	Zinkspäne	1500—1525	—
Hüttenkupfer	1650—1700	—	Zinkstaub	1500	—
Hüttenkupfer (Verel. Preis)	—	—	Zinkoxyd	1500	—
do. (im freien Verkehr)	1610—1620	615—625	Reinnickel	3000—3100	—
Remelted Plattenzink	390	390	Nickeloxydsinter	3000	—
Feinzink Handelsgüte (98—99)	320—325	325—335	Reinaluminium (99—99,5)	3000—3025	3075—3125
do. in Walz- od. Drahtformen	300—320	300—325	Aluminiumdrahtstangen	3000—3200	3075—3125
Bankazinn	4000	3100	Bankazinn	4000	3100
Strafzinn	3000	3000	Strafzinn	3000	3000
Australzinn	3025	3025	Australzinn	3025	3025
Hüttenzinn (99—99,5)	3000	3000	Hüttenzinn (99—99,5)	3000	3000
Reinnickel (98—99)	4000	4000	Reinnickel (98—99)	4000	4000
Antimon (Regulus)	1000	1000	Antimon (Regulus)	1000	1000
Silber (1 kg 999—999)	920—930	920—930			

Frachtenmarkt.

Frachtenmarkt. Hamburg, 5. April. (Eigene Drahtbericht). Die durch den Ausbruch des englischen Generalstreiks verursachte Preisgestaltung dauert mit den Marktpreisen bei Kohlen nur geringe Ausdehnung. Es wurden Preise für Kohlen von La Plata, Norkmeerungarn: La Plata-nach Dagland und den Kontinent, Gerstner 37/6 Junk. Nordamerika-Hamburg 4/6 Kohlen 4/6 Junk. Nordamerika-Rotterdam. Kohlen: 3/75 Doll. Kanada-Hamburg 4/6 Kohlen 4/6 Junk. Kanada-Rotterdam